

IMPULS

IV/2012

Positionen und Konzepte aus dem Verband Evangelischer Diakonen-, Diakoninnen- und Diakonatsgemeinschaften in Deutschland



Verband Evangelischer
Diakonen-, Diakoninnen-
und Diakonatsgemeinschaften
in Deutschland e.V.



**„Die Zeit der Krisen“
Zur Geschichte der
Stiftung Neinstedter
Anstalten – und
zur Biografie des
Vorstehers Martin
Knolle (1900–1971)
bis in die 1950er Jahre**

„Gedenkt eurer Vorsteher, die euch das Wort Gottes gesagt haben; betrachtet den Ausgang ihres Lebensweges und ahmt ihren Glauben nach.“ (Hebräer 13,7)

Als zehnter Vorsteher in der mehr als 162-jährigen Geschichte der Evangelischen Stiftung Neinstedter Anstalten freue ich mich, dass in der Reihe IMPULSE ein sehr gut recherchierter Artikel über einen wichtigen Abschnitt unserer Hausgeschichte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Als Einrichtung nehmen wir die Aufforderung aus dem Hebräerbrief ernst und stellen uns unserer Vergangenheit – in ihren leuchtenden, aber auch in ihren dunklen Abschnitten: im Leben und Wirken des Vorstehers Martin Knolle, der von 1934 bis 1955 als Vorsteher der Stiftung vorstand, kulminiert beides.

Die Neinstedter Anstalten wurden am 15. Oktober 1850 gegründet. Ursprünglich arbeiteten im Ort Neinstedt zwei Stiftungen: Das Knaben-Rettungs- und Brüderhaus, das vom Ehepaar Marie und Philipp Nathusius gegründet wurde, sowie die Elisabethstiftung, die Johanne Nathusius ins Leben rief. Gleichzeitig mit der Arbeit an Kindern und Jugendlichen wurde die Ausbildung von Diakonen begonnen. Sie ist seit diesem Tag Bestandteil der Arbeit der Neinstedter Anstalten.

Die Elisabethstiftung in Neinstedt wurde 1861 gegründet, um für Menschen mit geistigen Behinderungen eine Heimat zu schaffen. 1864 wurde die Stiftung um das Schloss Detzel (bei Haldensleben) erweitert. Dabei gehörten die Förderung und Bildung behinderter Menschen und die Integration von Anbeginn zu den wesentlichen Aufgabebereichen. Beide Stiftungen wurden als Werke christlicher Nächstenliebe errichtet, um die Liebe Gottes zur Welt in Jesus Christus zu bezeugen. Um 1900 gehörte die Elisabethstiftung zu den größten Sozialwerken für geistig behinderte und anfallsranke Menschen im Deutschen Reich.

Das Jahr 1953 erlebten die Neinstedter Anstalten als existenziell bedrohliche Krise. Staatliche Behörden versuchten die Übernahme und beschlagnahmten Gebäude. Sie wurden nach wenigen Wochen zurückerstattet, dafür forderten die staatlichen Behörden aber die Beendigung der Erziehungsarbeit. Die Neinstedter Anstalten mussten die Erziehungsarbeit, die seit der Gründung des Rettungshauses durch Marie und Philipp Nathusius einer der Hauptarbeitszweige war, aufgeben. Unter dem Schutz der Kirche konnten die Neinstedter Anstalten sich später zur größten Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung in der DDR entwickeln.

Nach der Wiedervereinigung haben die Neinstedter Anstalten ihre Arbeit unter veränderten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen neu strukturiert.

1989 wurden die beiden Stiftungen nach Genehmigung der Stiftungsaufsicht zur heutigen Evangelischen Stiftung „Neinstedter Anstalten“ zusammengelegt.

Sie ist Träger von verschiedenen Angeboten im sozialen Bereich. Kernbereiche des Angebotsspektrums der Stiftung sind dabei die Arbeitsfelder *Behinderten-, Senioren- und Krankenhilfe*. Weiterhin unterhält die Stiftung Angebote im *Kinder- und Jugendhilfebereich*, betreibt *Ausbildungsstätten* sowie *Zweckbetriebe*. Mit ihrem breiten Angebotsspektrum sind die Neinstedter Anstalten heute einer der größten Sozialdienstleister im Harzkreis. An über 40 Adressen in der Region Harz und im Bördekreis ist die Evangelische Stiftung mit Einrichtungen, Angeboten und Diensten präsent. Einzugsbereich ist die Region Ostharz.

In rund 22 Jahren hat Martin Knolle durch sein Wirken das Leben in der Stiftung geprägt. Auch heute (im Jahr 2012) ist er vielfach noch präsent: Ehemalige Mitarbeiter erzählen von einem begnadeten Prediger und Motivator; andere haben schwere Zurückweisungen erlebt. Manche Begebenheit wurde „erhöht“ oder „verschärft“, je nach eigener Positionsbestimmung. Dem ist Reinhard Neumann akribisch nachgegangen, um sowohl das bisher nicht belegte Eintreten von Martin Knolle gegen den Abtransport von behinderten Menschen nunmehr nachzuweisen, als auch sein unnachgiebiges Befördern des nationalsozialistischen Gedankengutes darzulegen.

In dem griechischen Wort „Hegoumenos“, das wir mit „Vorsteher“ übersetzen, schwingt die besondere Verantwortung dieses Leitungsdienstes mit; es ist ein geistliches Wächteramt in der, mit der und für die Gemeinde. Bei aller Hochachtung und Wertschätzung gegenüber unseren Vätern und Müttern, die uns im Glauben vorangingen, liegt es an uns, in der Nachfolge Jesu Christi Jesu Wort von einem menschenfreundlichen und das Leben fördernden Gott neu (weiter) zu sagen und zu leben. So führt die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit über mein Leben heute in eine Zukunft, in der Jesus Christus Gestalt finden kann, so wie es im folgenden Vers heißt: „Jesus Christus gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit.“ (Hebräer 13,8).

*Jürgen Schwartz
Pfarrer und Vorsteher*

Neinstedt,
Oktober 2012

Liebe Schwestern und Brüder.

Das Ende der Amtszeit von Pfarrer Martin Knolle als Vorsteher der Neinstedter Anstalten liegt fünf Jahre vor meiner Geburt. Ich habe ihn nicht erlebt. Als Mensch nicht. Als Pfarrer nicht. Als Vorsteher nicht. Als Ältester der Diakonischen Gemeinschaft erlebe ich Menschen, die ihn erlebten, die gemeinsam mit ihm lebten. Brüder und Schwestern einer Gemeinschaft, deren geistlicher Vorsteher er war. Erwachsene Kinder des Familienvaters Knolle.

Mir erschließen sich viele Bilder dieses Mannes. Den Einen eröffnete er die Chance, sich zu entwickeln. Mit der großen Begabung, Menschen für Jesus zu gewinnen, orientierte er junge Menschen auf ein Leben mit Sinn. Mit dieser Orientierung wurden sie Mitarbeitende in Kirche und Diakonie. Andere sind an ihm und seiner Autorität gescheitert.

Die andere Seite eines charismatischen Mannes kannte keinen Widerspruch. So wie er sich an den Zeitgeist des Nationalsozialismus anpasste, so verlangte er es auch von den jungen Diakonen. Teil seines Lebens war das Gehorsamsprinzip. Wie viele seiner Zeit, erlag Martin Knolle der nationalsozialistischen Ideologie. Er passte sich an und verlangte die gehorsame ideologische Anpassung der jungen Diakone. Wer ihm diesen Gehorsam verweigerte, dem verweigerte er Entwicklungsmöglichkeiten. Persönlichkeitsentwicklung machte er abhängig von der Bereitschaft, ihm gegenüber gehorsam zu sein.

Unter anderen Voraussetzungen setzte sich dieses Prinzip auch nach dem Nationalsozialismus in der DDR und der Kirche in ihr fort. Die Folge dieses Prinzips war das persönliche Scheitern in einem geistlichen Amt der Kirche und ihrer Diakonie.

Vielleicht ist meine These gewagt. Ich wage sie. Sie ist zu diskutieren. Es ist ebenso zu diskutieren, wie geistliche Leitung heute zu leben ist. Welche Kompetenzen braucht eine Leitungsperson in einem geistlichen Amt? Die Ausübung eines solchen Amtes soll Menschen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Von Christus ausgehend, Lebendigkeit ermöglichen. Das braucht die Erinnerung an ein gescheitertes Amtsverständnis. Erinnern heißt Leben – so heißt es im Judentum.

In diesem Sinne, freue ich mich über die Veröffentlichung der Arbeiten zu Pfarrer Martin Knolle, unserem Vorsteher der 30er, 40er und 50er Jahre des 20. Jahrhunderts.

*Diakon Hans Jaekel
Ältester der Diakonischen Gemeinschaft der Brüder- und Schwestern des Lindenhofs Neinstedt*

Lindenhof, Neinstedt,
Oktober 2012

„Der Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen. Er bekommt von Gott vor allem eigenen Handeln bereits seinen Wert, seine Würde, zugesprochen. Diese zugesprochene Gottesebenbildlichkeit ist von daher zunächst keine empirische Lebensqualität, sondern eine transzendente über allem Menschenleben ausgesprochene Würde. Sie kann daher weder durch Krankheit noch durch moralisches Versagen in Verlust geraten. Sie ist mit dem Leben selbst – von Anfang an – gegeben; dem entsprechend ist alles Menschenleben zu achten und zu behandeln.“¹

Pfarrer Jürgen Schwartz, Vorsteher und Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Stiftung Neinstedter Anstalten, charakterisiert im September 2011 anlässlich einer dortigen Jubiläumsveranstaltung mit diesen Sätzen das Selbstverständnis und den Anspruch einer bedeutenden diakonischen Einrichtung in der Bundesrepublik. Die Schwestern und Brüder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Neinstedt blicken in ihrer „Sorge für kranke Menschen“, in ihrem „Dienst an dem Herrn Jesu in Seinen Elenden und Armen“ (wie es der Diakonissenpastor Wilhelm Löhe schon im 19. Jahrhundert formulierte) auf eine lange, gesegnete Geschichte zurück. Die Evangelische Stiftung Neinstedter Anstalten versteht ihre heutige Aufgabe insbesondere auch in einer „unverzichtbaren gezielten Förderung und lebenslangen Qualifizierung der Mitarbeitenden, einschließlich der Schulung ethischen Bewusstseins im interdisziplinären und interprofessionellen Gespräch.“²

Dazu gehört auch der Blick auf die eigene Vergangenheit. Denn das Licht einer über 160 Jahre währenden, sich bis auf den heutigen Tag in aller Professionalität dem Ideal und der Würde einer Gottesebenbildlichkeit allen menschlichen Lebens verpflichteten diakonischen Arbeit offenbart in der historischen Erinnerung auch die Schattenseiten.

Die Geschichte Neinstedts macht uns deutlich, dass Diakonie immer „in der Welt“ geschieht. Die Vergangenheit Neinstedts, überliefert im dortigen sowie in weiteren kirchlichen und diakonischen Archiven und an anderen Orten, die sich dem Erhalt einer historischen Erinnerung widmen, zeigt signifikant das oftmals schwierige Verhältnis der Diakonie zu dieser Welt, gerade in den Zeitläufen und der eigentlich permanenten Abfolge schwieriger Situationen während der deutschen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Begebenheiten und Ereignisse Neinstedts konfrontieren uns mit fünf verschiedenen Gesellschaftssystemen, in denen sich die Einrichtungen zu behaupten hatten: mit der Zeit der Monarchien und des Deutschen Kaiserreiches bis 1918, mit den schwierigen Konstellationen der Weimarer Republik, den Katastrophen der NS-Diktatur, den Jahren der SBZ/DDR und schließlich, nach gut zwanzig Jahren auch schon zur Geschichte geworden, mit den politischen und gesellschaftlichen Bezügen der Bundesrepublik nach 1989.

1 Jürgen Schwartz, in: Grußwort des Vorstandes zur Festschrift „40 Jahre Ev. Fachkrankenhaus für Psychiatrie ´Hildegard von Bingen´“, Neinstedt 2011, S. 1f.

2 Ebd.

Es war oftmals eine „Zeit der Krisen“. Und so habe ich den Titel für diesen Abriss zur Neinstedter Geschichte bis in die 1950er Jahre bewusst nach dem ausführlichen Bericht des Neinstedter Diakons Richard Eckhardt gewählt, der sich wohl 1963 daran begeben hat, die Geschichte Neinstedts bis in dieses Jahr detailliert und nach seinen damaligen Kenntnissen aufzuzeichnen, aus seiner eigenen Sichtweise heraus. Schon in Diakon Eckhardts Berichten wird allzu deutlich, wie die Geschichte großer diakonischer Einrichtungen bis in das 20. Jahrhundert zugleich von der Biografie ihrer darin tätigen Vorsteher, Anstaltsleiter und leitenden Mitarbeiter, der, wie sie der Historiker Matthias Benad nennt, „charismatischen Seelenführergestalten“, beeinflusst worden ist. Für Neinstedt und die Geschichte der damaligen Neinstedter Anstalten trifft das mit der Person des Vorstehers Martin Knolle (1900-1971; im Amt von 1934 bis 1955) uneingeschränkt zu.

Diese nun vorgelegte Arbeit entstand im Rahmen einer größeren, vom VEDD in Auftrag gegebenen Buchveröffentlichung zur Geschichte des VEDD (DD/EDV) und seiner Mitgliedsgemeinschaften seit 1945, die 2013 erscheinen wird. In dieser kurzen Darstellung kann, beschränkt auf nur wenige Seiten, lediglich ein exemplarischer „Abriss“ zur Geschichte Neinstedts vorgelegt werden. Eine ausführliche Darstellung, eine umfassende Würdigung wichtiger historischer Ereignisse, etwa der nationalsozialistischen Verbrechen vor allem im Rahmen der „Euthanasie“-Morde, der Bedrückungen der Anstalten durch die sowjetische Besatzungsmacht und das DDR-System, der Besetzung und Beschlagnahme Neinstedts ab 1945 und insbesondere 1953, bleiben einer späteren, breit angelegten Forschung und einer entsprechenden Veröffentlichung vorbehalten.

„Es ist gut, dass wir uns als Stiftung auf den Weg begeben, um unsere Hausgeschichte anzusehen“, sagte Pfarrer Jürgen Schwartz anlässlich eines Studientages im Mai 2012. Ich danke ihm dafür.

Mein Dank gilt ebenso Diakon Hans Jäkel, dem Ältesten der Diakonischen Gemeinschaft Lindenhof, und meinem Neinstedter Kollegen Diakon Wolfgang Bürger, ohne dessen sachkundige und bereitwillige Unterstützung mir sich vieles in Neinstedt und innerhalb der Diakonischen Gemeinschaft nicht so kenntnisreich erschlossen hätte. Ebenso Dank an den VEDD-Vorstand und an den Geschäftsführer Diakon Carl Christian Klein, die eine solche Arbeit erst ermöglichen!

*Reinhard Neumann
Dozent für Diakoniegeschichte an der Fachhochschule
der Diakonie FHdD Bethel/Bielefeld*

*C. Christian Klein
Diakon, VEDD-Geschäftsführer*

Berlin,
im September 2012

„DIE ZEIT DER KRISEN“

Ein Abriss der Neinstedter Geschichte bis in die 1950er Jahre

Am 8. Oktober 1850 erschien, verbunden mit einer entsprechenden Einladung, die erste „Nachricht von der Eröffnung einer Knaben-Rettungsanstalt und Brüderanstalt zu Neinstedt bei Quedlinburg“. 1857, fünf Jahre später, wurden auf dem Lindenhof von zwölf Brüdern fünfundfünfzig Knaben betreut, neun weitere Brüder waren von dort aus schon in andere Einrichtungen ausgesandt worden, zwei von ihnen etwa in das sich in seiner Aufbauphase befindende Bethel.³ Diese kontinuierliche Expansion hielt bis in die Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs an. Der Lindenhof in Neinstedt hatte sich vor allem unter Leitung des seit 1899 amtierenden Vorstehers Johannes Steinwachs zu einem der bedeutendsten deutschen Brüderhäuser entwickelt. Der Kriegsausbruch 1914 stellte jedoch auch in der Neinstedter Geschichte eine erhebliche Zäsur dar. Für die Jahre 1915/1916 werden 78 Brüder und 79 ehemalige Zöglinge „als zum Militär eingezogen“ gemeldet.⁴ In seiner im Juni 1997 entstandenen Abhandlung „Schlimme Jahre“ beschreibt Diakon Werner Krause die Situation:

„In den ersten fünfzehn Jahren der Amtszeit von Pastor Steinwachs, das heißt bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, wuchsen die Anstalten zu einem vielbeachteten großen Werk. Mit dem Bau des Johannenhofes erfuhren sie eine entscheidende und für die damaligen Verhältnisse hochmoderne Erweiterung. Dadurch gewann vor allem die Arbeit für geistig Behinderte sehr an Profil und Gewicht. Zu gleicher Zeit wurde die Brüderschaft für die Anstalten zu einem wichtigen und lebendigen Organismus mit deutlichem Selbstwertgefühl. (...) Dank ihrer ausgezeichneten Verfassung konnten die Neinstedter Anstalten die schwere Zeit des Ersten Weltkriegs und der Inflation erfreulich gut überstehen. Den Vorsteher Steinwachs hat dies allerdings über das Maß der Kräfte hinaus gefordert. Mitten in der Inflation starb er (5. April 1923; R.N.), wohl als Folge der Überbelastung.“⁵

Am 13. Januar 1924 wurde Hermann Büchsel in das Amt des Vorstehers eingeführt. Er übernahm, soweit das heute noch zu beurteilen ist, ein in personeller, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht intaktes Werk. Bald nach seinem Amtsantritt konzentrierte sich der neue Vorsteher auf die Brüderausbildung und regte den Bau eines neuen Brüderhauses

3 Die Neinstedter Diakone Adam Nispel und Wilhelm Langwisch kamen 1869 bzw. 1877 nach Bethel und gehörten 1877 zu den Gründungsbrüdern der Westfälischen Diakonienanstalt Nazareth.

4 Archiv der Ev. Stiftung Neinstedter Anstalten (ANA), Der Lindenhof in Neinstedt, o. O., o. J., vermutl. Selbstverlag, S. 4ff.

5 ANA, Ordner Büchsel/Knolle I u. II.; Sommerer, Allgemeine Berichte, darin: Diakon Werner Krause, Schlimme Jahre, Auf-ab-auf, Die Büchsel-Knolle-Zeit 1923-1956, unveröffentlichtes Manuskript, S. 2f.

an. In den 1920er Jahren wurden Neinstedter Diakone auf zahlreichen Arbeitsgebieten im gesamten Deutschen Reich eingesetzt:

Rettungs- (Erziehungs-)häuser	22 Brüder
Waisenhäuser	13 Brüder
Armen-, Kranken- u. Siechenhäuser	8 Brüder
Anstalten für „Geistesschwache, Epileptiker, Taubstumme, Krüppel“	6 Brüder
Vereinshäuser, Herbergen zur Heimat, Heilstätten, Arbeiterkolonien	27 Brüder
Stadtmissionare, Gemeindeglieder, Küster, Sozialbeamte	39 Brüder
Sekretäre	6 Brüder
Lehrer	3 Brüder
Tätigkeit ohne unmittelbaren diakonischen Bezug	10 Brüder
gesamt:	134 Brüder
27 pensionierte Brüder	
37 Diakonenwitwen	
Insgesamt:	188 Personen ⁶

Der „schwarze Freitag“ vom Oktober 1929 an der New Yorker Aktienbörse und dadurch ausgelöst die Weltwirtschaftskrise hatten direkte Auswirkungen auch auf die Einrichtungen der Inneren Mission. Nach einer gewissen Phase der Konsolidierung in den „goldenen 1920er Jahren“ der Weimarer Republik bestimmten nun Themen wie „Abbau und Aufbau evangelischer Wohlfahrtsarbeit“, „Sicherung der Anstalten, ihrer Belegung und Ausnutzung“, „die Auswirkungen der Notverordnung auf die Lage der Fürsorgeeinrichtungen“ usw. die Tagungen der konfessionellen Wohlfahrtseinrichtungen.

Am 27. Januar 1929 (dem 70. Geburtstag des ehemaligen Kaisers Wilhelm II.) proklamierte der Neinstedter Vorsteher Büchsel mit dem Satz „Wir haben ihn lieb und behalten ihn lieb“ das politische Programm der Anstalten. In seiner Festrede anlässlich dieses Tages stellte Büchsel sein kaisertreues Bekenntnis unter den von ihm erläuterten Satz aus Römer 13, 1-10. Er beklagte den Verlust der kaiserlichen Obrigkeit und des preußischen Staatskirchentums durch die „Novemberrevolution“ 1918 sowie die steigende „Gottlosenbewegung“ und sprach von der „geweckten Angst vor dem östlichen Bolschewismus“.⁷

6 Ebd., S. 3ff. Die jungen Brüder in der Ausbildung sind in dieser Zusammenstellung offenbar nicht berücksichtigt.
7 Bis 1918 war der Deutsche Kaiser und somit Preußische König der „summus episcopus“ in der Evangelischen Landeskirche der altpreußischen Union.

Im selben Jahr 1929 vermerkte die von Diakon Richard Eckhardt erstellte Anstaltschronik eine immer stärker werdende Kritik, die von Außenstehenden besonders an der Brüderausbildung geübt wurde:

„Der Vorsteher muss von einer wachsenden Missstimmung gegenüber der Fürsorgeerziehung berichten. Man hält die diakonische Ausbildung unserer Hausväter weithin nicht mehr für ausreichend. Man fragt nach der fachlichen Berechtigung und fordert allenthalben Examina. Hier scheint eine Krise sich einzustellen, die Brüderschaft und Brüderausbildung herausfordert. Sorgfalt wird erneut aufgebracht und jungen Brüdern neben der theoretischen Ausbildung ein gewisses begleitendes Praktikum verfügbar gemacht. Man spürt eine Krise, aber ohne Erschütterung des eigenen Bewusstseins, eine Stadt Gottes auf dem Berge zu sein, oder auch ein Leuchtturm in der Brandung, ein Bollwerk in der gottlosen Welt.“⁸

In der Kirchenprovinz Sachsen waren die Bußtagskollekten in jenen Jahrzehnten traditionell für die Arbeit der Neinstedter Anstalten gesammelt worden, ursprünglich „für die Arbeit mit den Zöglingen auf dem Lindenhof im Blick auf ihre verwahrloste Herkunft“, doch 1929 betonte der Kollektenauftrag zum Bußtag, dass „je höher die wirtschaftliche und soziale Not in unserem Vaterlande steigt“, „je mächtiger das Heidentum und das Antichristentum nach allen Seiten sich ausbreiten“, umso wichtiger würde es für die Kirche sein, „die Bollwerke christlicher Glaubens- und Liebestätigkeit, die ihr in den Anstalten der Inneren Mission geschenkt sind, zu halten und auszubauen.“⁹ Detailliert ging der weitere Text auf die derzeit schwierigen Neinstedter Verhältnisse ein:

„In den Pflegeanstalten des Elisabethstiftes werden gegenwärtig 800 Schwachsinnige, Blöde, Epileptische, geistig Verkümmerte aller Art verpflegt, die Erziehungsanstalten des Lindenhofes betreuen 190 Knaben und Burschen in ihren beiden Häusern und 133 auswärtige Zöglinge in Dienst und Lehre. Das Brüderhaus des Lindenhofes zählt insgesamt 259 Brüder, die auf den verschiedensten Gebieten der Kirche, der Inneren Mission und der Wohlfahrtspflege arbeiten, und muss gewaltige Anstrengungen machen, um den gegenwärtigen Aufgaben nachzukommen.“¹⁰

Mit der Berufung des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning zum Reichskanzler begann 1930 die Epoche der so genannten „Präsidialkabinette“, bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 stieg die Anzahl der Reichstagsmandate der NSDAP von 12 auf 107 Sitze an. 1932 erreichte die Arbeitslosenziffer im Deutschen Reich die Sechs-Millionen-Grenze und ging auch in konjunkturell günstigen Monaten nicht

8 Richard Eckardt, Die Zeit der Krisen, Anstaltschronik, entstanden wohl 1963, im Bestand ANA.
9 Ebd.
10 Ebd., das hier abgedruckte Zitat übernimmt die im Original verwendeten zeitgenössischen Begriffe für Menschen mit Behinderungen.

unter fünf Millionen Arbeitslose zurück. Am 1. Juni 1932 bildete Franz v. Papen ein „Kabinett der nationalen Konzentration“, dem am 3. Dezember 1932 eine Regierung unter General Kurt von Schleicher folgte. Am 28. Januar 1933 trat Schleicher zurück, nachdem sich Reichspräsident v. Hindenburg seinem Plan einer vorübergehenden Militärdiktatur widersetzt hatte. Zwei Tage später, am 30. Januar 1933, wurde durch den offenbar von seiner Entourage beeinflussten v. Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren auch für die Neinstedter Anstalten eine in jeder Hinsicht schwierige Zeit. In seinem Bericht zum 80. Jahresfest des Lindenhofes 1930 sprach Büchsel von der „gegenwärtig furchtbar ernsten Krise unseres Werkes“ und einem „kulturellen Wetterumschlag, denn das Barometer steht auf Sturm und Unwetter“. 1931 musste der Haushalt des Lindenhofes mit einem Defizit von 30.000,- RM abgeschlossen werden. Im Zuge der Notverordnungen war das Entlassungsalter der Fürsorgezöglinge von 21 auf 19 Jahre herabgesetzt worden, über Achtzehnjährige wurden den konfessionellen Einrichtungen überhaupt nicht mehr, Sechzehn- bis Achtzehnjährige nur noch dann zugewiesen, „wenn Erfolgsaussichten gegeben waren.“ Der Vorsteher beschrieb im Jahresbericht den Zustand mit einem Satz: „Mit radikalem Ernst werden nicht dringend nötige Ausgaben gestrichen.“

1932, im letzten Jahr vor der NS-Machtübernahme, war die Erziehungsarbeit in den Neinstedter Einrichtungen fast völlig zum Erliegen gekommen. In der Folge war der dritte Anstaltspastor, hauptsächlich für die Fürsorgearbeit zuständig, aus seinem Amt verabschiedet worden; statt der sieben bisher dort arbeitenden Lehrer unterrichteten nur noch zwei. Die Eckartschule stand leer, der Unterricht für die verbliebenen „Zöglinge“ fand in anderen Räumen statt. Die Lindenhofschule, für die eigene Arbeit nicht mehr benötigt, war an eine Abteilung des 1932 durch die Regierung v. Papen zum „Erziehungswerk für die deutsche Jugend“ erklärten „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ vermietet worden.

Die Neinstedter Einrichtungen befanden sich in einer für ihren Fortbestand alles in Allem bedrohlichen Situation. Im „Brüderboten“ vom April 1933, also für die Öffentlichkeit bestimmt, würdigte Hermann Büchsel die NS-Machtübernahme vom 30. Januar 1933 wohl auch deshalb in einer für die damaligen Zeitumstände vielerorts üblichen Art und Weise:

„Wie unendlich Großes und Erhabenes haben uns die vergangenen Wochen und Monate gebracht! Über meine Lindenhofsblätter schrieb ich als Überschrift: Es will wieder Frühling werden! Aber dass der Frühling so brausend und herrlich kommen könnte, und dass die ganze schwere Winternacht des Marxismus und all dessen, was mit diesem Wort zusammenhängt, nun auf einmal wie ein Spuk verfliegen und zerstoben ist, das wird einem immer noch schwer zu glauben. Wir sind alle auf Gedeih und Verderb verknüpft und verwachsen mit dem Schicksal unseres Volkes. Geht es mit unserem Volk wieder politisch, wirtschaftlich, sittlich aufwärts, dann wird dieser Aufstieg sich auch auf unser

aller Arbeit auswirken. Glückt der Aufstieg nicht, dann ..., aber das wollen wir nicht ausdenken, sondern wollen arbeiten, hoffen und beten, dass alles so gut weitergeht wie es angefangen hat.“¹¹

Seine Worte klangen jedoch gegenüber ihm vertrauten Personen völlig anders. Am 2. April 1933, also zeitgleich mit seinem Artikel im Neinstedter „Brüderboten“, hatte Büchsel an den Nazareth-Vorsteher Paul Tegtmeyer in Bethel geschrieben. In seinem Brief klangen unverhohlenen Ahnungen von denjenigen Ereignissen an, die ihm selbst wenige Monate später in Bezug auf seine eigene Stellung innerhalb der Männlichen Diakonie zum Verhängnis werden sollten:

„Wie ich höre, haben schon Vorsteher ihren Übertritt zur NSDAP erklärt, weil sie das ihrem Werk und ihrer Brüderschaft schuldig zu sein glaubten. Die gleiche Frage wird uns allen gegenwärtig bis ins tiefste Herz hinein zu schaffen machen. Ich brauche nicht auszuführen, welche Gefahren mit der Gleichschaltung über uns heraufziehen. Wir waren bisher staatspolitisch und kirchenpolitisch ungebundene Leute und müssen uns sehr ernst überlegen, was wir aufs Spiel setzen, wenn wir von dieser Linie abweichen.“¹²

Nicht überall im nationalprotestantischen Milieu wurden Büchsels Vorbehalte gegenüber den neuen Verhältnissen geteilt. Der Bielefelder Historiker Hans-Walter Schmuhl beschreibt diesen Umstand:

„Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fiel die überwältigende Mehrheit des protestantischen Lagers zunächst in einen Taumel der Begeisterung über die scheinbare nationale Wiedergeburt Deutschlands und wechselte mit fliegenden Fahnen in das Lager der braunen Machthaber. Tatsächlich schien der Vorrat an ideologischen und politischen Gemeinsamkeiten ganz beträchtlich: Mit Blick auf die politische Ordnung gehörten dazu die kompromisslose Ablehnung der Demokratie, des Parlamentarismus und des Liberalismus, der Hass auf Marxismus und Bolschewismus, ein autoritäres Staatsmodell und das Führerprinzip. Im Hinblick auf die soziale Neugestaltung wusste man sich im Volksgemeinschaftsgedanken, in ständestaatlichen

11 Ebd.

12 Archiv der Stiftung Nazareth, Bielefeld-Bethel (N), N-04-067. Der Nazareth-Vorsteher Paul Tegtmeyer (im Amt von 1923 bis 1954), der Adressat von Büchsels Brief vom 2.4.1933, lehnte unter den Brüderhausvorstehern das NS-System am konsequentesten ab. Noch am 1. Juni 1933, drei Monate nach der NS-Machtübernahme, schrieb er: „Diakone sind Soldaten Jesu Christi. Ihm allein sind wir zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet, koste es, was es wolle.“ Im März 1932, nach dem letztendlichen Aufstieg der NSDAP, hatte er formuliert: „Unsere Beobachtungen zeigen, dass der junge Bruder, welcher Hitler in die Hände fällt, nicht mehr fähig ist, unter den Fahnen Jesu Christi ungehindert zu dienen. Unser König heißt nicht Hitler, sondern Christus. Wir arbeiten nicht für das Dritte Reich, sondern für das Reich Gottes.“ Siehe dazu insbesondere: Reinhard Neumann, Die Westfälische Diakonenanstalt Nazareth 1914-1954, Jahrzehnte der Krise, Bielefeld 2010.

*Gesellschaftsentwürfen, einer vagen Kapitalismuskritik aus konservativer Perspektive, in der Forderung nach einer Stärkung des Mittelstandes, in Großstadtfeindschaft und Agrarromantik einig. In der Sphäre der Kultur stimmte man überein in der bedingungslosen Ablehnung der Moderne als ´entartet´, ´vernegert´ und ´verjudet´. Überhaupt bildete auch der Antisemitismus – bis etwa zu dem mit den Nürnberger Gesetzen erreichten Radikalisierungsgrad – (...) eine weitere Klammer zwischen dem Nationalsozialismus und großen Teilen des Protestantismus. (...) Hier wirkte zum einen die alte staatskirchliche Tradition nach. Dass die nach Römer 13 gottgewollte Obrigkeit gar nicht daran dachte, ihren Auftrag zu erfüllen, die Belange des Gemeinwesens in gerechter Weise zu regeln, sondern ein totalitäres Regime aufzog, das auch vor Terror und Genozid nicht zurückschreckte und das als ´moderne Säkularreligion´ in letzter Konsequenz alle christlichen Kirchen als grundsätzliche weltanschauliche Gegner zerschlagen wollte, war für die meisten Protestanten lange Zeit nur schwer vorstellbar (...)*¹³

Auch Fritz v. Bodelschwingh, Leiter der Betheler Gesamtanstalten und später einer der Protagonisten gegen die „Euthanasie“-Morde der Nationalsozialisten, äußerte sich in diesem Sinn am 4. September 1933 vor dem Brüderrat der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth:

*„Gegenwärtig ist für die Erhaltung des Staates eine Diktatur die einzige Lösung. Wir stellen uns nach Römer 13 unter diesen Zwang und gehorchen. Der Staat hat das Recht, diese Haltung von seinen Staatsbürgern zu verlangen.“*¹⁴

Am 24. Juni 1933, also gut zwei Monate zuvor, hatte Fritz v. Bodelschwingh als Kandidat für das Amt eines Reichsbischofs einer neu zu gründenden Deutschen Evangelischen Kirche resigniert. Das Reichsbischofsamt wurde dann dem bis dahin in Kirchenkreisen völlig unbekanntem Wehrkreispfarrer Ludwig Müller übertragen.

Über die Zustände in Neinstedt, vor allem über die personelle Situation in den Anstalten, liefern für die 1930er Jahre die archivarischen Unterlagen gesicherte Hinweise. Diakon Haß, Hausvater des Marienhofes, sollte sich als NS-Betriebswaller, und damit zugleich Mitglied des Verwaltungsrates, zum aktiven Nationalsozialisten entwickeln. Diakon Franz, der Hausvater des Lindenhofes, wurde in den Quellen als ungeeignete Persönlichkeit beschrieben, hart bis zum Sadismus neigend und streitsüchtig. 1930 war er durch Diakon Spöther abgelöst worden, der später ebenfalls aktiv mit den Nazis paktierte und sich zugleich als Betrüger entpuppen sollte. Am 15. August 1933 wurde Bruder Spöther durch den Vorsteher Büchsel wegen seiner offenkundig gewordenen Betrügereien aus dem Hausvateramt des Lindenhofes

entlassen. Ihm gelang es jedoch, einen aus fünf Personen bestehenden „Vertreterausschuss der Gruppe Deutsche Christen innerhalb der Neinstedter Bruderschaft“ hinter sich zu bringen. Diese Gruppe forderte nunmehr in einem Brief den Rücktritt des amtierenden Brüderrates sowie des Vorstehers und sprach dem bestehenden Brüderrat alle Entscheidungsvollmachten ab.¹⁵

Als Reaktion auf diesen Brief wurden die fünf so genannten „Halberstädter Brüder“ am 28. August 1933 wegen „großer und anmaßender Ungehörigkeit“ vom Brüderrat unter Vorsitz des Bruderhausvorstehers aus der Bruderschaft ausgeschlossen. Am 5. September 1933, vier Tage vor dem in Hamburg stattfindenden 9. Deutschen Diakonentag, forderte der Deutsch-Christlich orientierte Präses der Provinzialsynode in einem Brief den Neinstedter Vorsteher Büchsel auf, den Ausschluss der fünf sich offen Deutsch-Christlich bekennenden Brüder sofort rückgängig zu machen, da dieser Ausschluss die Situation auf dem bevorstehenden Diakonentag erheblich belasten müsste. Am 7. September lehnte Büchsel dieses Ansinnen schriftlich ab und trat am 9. September 1933 in Hamburg von seinem Amt als Vorsitzender der Bruderhausvorsteher-Konferenz (BVK) und des Deutschen Diakonen-Verbandes (DDV) zurück. Am 21. September 1933 stellte Büchsel dem Neinstedter Verwaltungsrat sein Vorsteheramt zur Verfügung, von dem er am gleichen Tag mit sofortiger Wirkung beurlaubt wurde. Mit der kommissarischen Leitung der Gesamtanstalten wurde der seit 1904 als zweiter Geistlicher fungierende Pastor Johannes Richter beauftragt.¹⁶

Vom 9. bis 16. September 1933 fand in Hamburg aus Anlass des 100. Jubiläums des Rauhen Hauses der 9. Deutsche Diakonentag statt. In seinem Vorwort zu einem später von ihm selbst verfassten Festbericht beschrieb der DDV-Geschäftsführer, Diakon Fritz Weigt, die Dinge wahrscheinlich so, wie sie sich zu diesem Zeitpunkt den meisten Diakonen darstellten:

„(...) der treue Ekkehard des deutschen Volkes, der Generalfeldmarschall des Weltkrieges und Reichspräsident von Hindenburg [hat] dem Führer des jungen Deutschland die Hand zum Bunde gereicht, Adolf Hitler zum Reichskanzler berufen und damit unserm Volke endlich die Erlösung aus marxistischer Knechtschaft, aus ehrloser Zeit geschenkt.“
(...)¹⁷

Der Neinstedter Vorsteher Hermann Büchsel war, wie gerade erwähnt, im Vorfeld von seinem Amt als Vorsitzender der BVK zurückgetreten. Sein designierter Nachfolger für dieses Amt, Pastor Wilhelm Philipps, der Vorsteher des

13 Hans-Walter Schmuhl, Das protestantische Deutschland und der Staat Hitlers, in: Reinhard Neumann, Die Westfälische Diakonenanstalt Nazareth 1914-1954, Jahrzehnte der Krise, Bielefeld 2010, S. 142f.

14 N-A-060, Protokoll Brüderrat Nazareth vom 4.9.1933.

15 ANA, Ordner Büchsel/Knolle I u. II.; Sommerer, Allgemeine Berichte, darin: Diakon Werner Krause, Schlimme Jahre, Auf-ab-auf, Die Büchsel-Knolle-Zeit 1923-1956, unveröffentl. Manuskript, S. 2f.

16 Ebd.

17 N-B-200.02, Festbericht: 9. Deutscher Diakonentag in Hamburg, Berlin 1933, S. 3ff. Im Folgenden zitiert als „Festbericht“.

Berliner Johannesstifts, war NSDAP-Parteimitglied und gehörte, ebenso wie Weigt, der Glaubensbewegung Deutsche Christen an. Damit waren die Voraussetzungen für eine Umgestaltung des DDV gegeben. Vier Tage später, am 13. September 1933, begann die Sitzung der Verbandsvertreter des DDV mit der Mitteilung des neuen Vorsitzenden der BVK Wilhelm Philipps, den bevorstehenden Diakontag erstmals seit dem Bestehen des Verbandes von einem Diakonen, dem Verbandsgeschäftsführer Fritz Weigt, leiten zu lassen. Damit solle ein von vielen Diakonen seit langem gehegter Wunsch erfüllt werden. Diakon Weigt übernahm die Tagungsleitung und verlas ein Grußtelegramm des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Einmütig wurden daraufhin eine Antwort an den Reichspräsidenten – und ein Huldigungstelegramm an den „Führer und Volkskanzler Adolf Hitler“ beschlossen:

„Dem Führer unseres Volkes und Retter unseres Vaterlandes vor dem Untergang im Bolschewismus senden 1.000 Diakone, versammelt zur 100-Jahr-Feier der männlichen Diakonie und zum 9. Deutschen Diakontage, namens der gesamten Deutschen Diakonenschaft das Gelöbnis alter deutscher Mannestreue und des Einsatzes aller ihrer Kräfte für den Aufbau und die Vollendung des Dritten Reiches.“¹⁸

Kein Passus im Festbericht verzeichnete eine auch nur leise Kritik an den Vorgängen. Die „Gleichschaltung“ der Männlichen deutschen Diakonie geschah demnach ohne jeden Widerspruch. Das Protokoll vermerkte, dass neben den stimmberechtigten Vertretern aller deutschen Bruderschaften noch etwa 600 weitere Diakone anwesend waren. Keiner von ihnen erhob Protest. Die verabredete Festfolge wurde durch eine Rede des designierten Reichsbischofs Ludwig Müller unterbrochen, der sich auf Bitten „spontan“ zu einer Teilnahme an der Vormittagsveranstaltung bereit erklärt hatte. Nach der Rede Müllers und weiteren Grußworten folgte der Hauptvortrag. Das Referat „Diakonie als Angriff“ hielt der spätere Direktor im Central-Ausschuß für Innere Mission, Horst Schirmacher, der im Juni 1933 als Staatskommissar dem Central-Ausschuß oktroyiert, von diesem aber akzeptiert worden war. Vor den Vertretern der Männlichen deutschen Diakonie entwickelte er nunmehr seine Vorstellungen von der künftigen Rolle der Diakone im „Dritten Reich“. Nach Schirmachers Worten war Diakonie fortan nicht mehr nur der bloße Dienst am Nächsten. Diakonie sei fortan sowohl Dienst als auch Kampf, „entschlossener Angriffskrieg“ gegen Armut und Elend, vor allem aber gegen den Unglauben. Oft genug hätten die Diakone in ihrer „unter der marxistischen Herrschaft“ angefeindeten Arbeit – vor allem in der Fürsorgeerziehungsarbeit – bewiesen, dass sie mit dem gleichen kämpferischen Geist ausgestattet seien, mit dem sich auch die braunen Bataillone der NS-Bewegung ausgezeichnet hätten:

„(...) Wir grüßen Euch alle als die SA Jesu Christi und die SS der Kirche, ihr wackeren Sturmabteilungen und Schutzstaffeln im Angriff gegen Not, Elend, Verzweiflung und

¹⁸ Festbericht, S. 31.

Verwahrlosung, Sünde und Verderben. (...) Evangelische Diakonie und Nationalsozialismus gehören in Deutschland zusammen. (...) Der Nationalsozialismus kämpft für ein gesundes, kräftiges und reines Volkstum. Die Diakonie kämpft um frommes und gläubiges Volkstum. (...)“¹⁹

In diesem „volksmissionarischen Angriff“ gelte es für die Kirche, als Parallele zur staatlichen Jugendbewegung der HJ, vor allem die Formen kirchlicher Jugendpflege in erheblichem Maß weiter auszubilden. Bewusst sollte dabei in die Organisationen des neuen Staates hineingegangen werden:

„(...) Im besonderen wende ich mich jetzt an Euch, Ihr lieben Brüder. Bemüht Euch in aller kürzester Frist, in ein kameradschaftliches Verhältnis zur (!) SA, SS, NSBO und Stahlhelm zu kommen. Volksmission in diesen herrlichen Bewegungen und Organisationen kann man nur auf kameradschaftlicher Grundlage treiben. Die Seele des SA-Mannes versteht nur der SA-Mann selbst. Ich wünsche, dass unsere jungen Brüder in den Diakonenanstalten sämtlich SA-Männer werden. Der alte Bodelschwingh hat für die Diakonie die Ausbildung mit der blauen Schürze verlangt. Das soll auch bleiben. Aber zu der blauen Schürze gehört das braune Hemd! (...)“²⁰

Am 14. September 1933 begann die außerordentliche Vertreterversammlung des DDV. Dabei wurden vier Anträge behandelt, die den Umbau des DDV forderten: Philipps gab die Erklärung ab, dass die Brüderhausvorsteherkonferenz auf ihr altes Recht, den Verbandsvorsitzenden aus ihren Reihen zu stellen, verzichte und den vorliegenden Anträgen, vor allem der Berufung von Bruder Weigt zum „Reichsführer“, zustimme. Philipps Worte fanden reichlichen Beifall.

¹⁹ Ebd., S. 80.

²⁰ Ebd., S. 84f. Zur Rezeption der Begrifflichkeit der Diakone als einer „SA Jesu Christi“ unter dem Aspekt der Ende der 1980er Jahre entfachten Diskussion über die Rolle der Männlichen Diakonie in der Zeit des NS siehe insbesondere Michael Häusler, Dienst an Kirche und Volk, Die Deutsche Diakonenschaft zwischen beruflicher Emanzipation und kirchlicher Formierung (1913-1947), Stuttgart u.a. 1995, S. 242ff.: „Mit dem Begriff SA verband sich für die meisten Diakone im Sommer 1933 nicht mehr die Assoziation von Straßenkämpfen, Saalschlachten und brutalem Terror gegen Andersdenkende, sondern der Gedanke an die wohlorganisierte Fußtruppe der nationalen Revolution, den aufopferungsvollen Dienst für die geglaubte Sache gegen alle äußeren Widerstände. Entsprechend wurde Schirmachers Votum vom Auditorium als Analogie verstanden: Das, was SA und SS für den Nationalsozialismus bedeuteten, stellte die Männliche Diakonie für die Kirche dar – so, wie die SA-Männer für Adolf Hitler kämpften, setzten sich die Diakone für ihren obersten Führer, Jesus Christus, ein.“ (Häusler, S. 243). Gleichwohl schrieb Büchsel schon am 24. August 1933 an Tegtmeyer: „(...) Die Brüderausbildung soll im Sinne des 3. Reiches ergänzt und ausgestaltet werden, (...) eventuell Zusammenfassung der Brüder eines Brüderhauses zu einer besonderen SA-Gruppe. Davon verspricht sich Weigt sehr viel, weil dann die SA nicht mehr von außen her in die Häuser hineinfunkeln kann, sondern in eigenem Geist und Sinn gehandelt werden könne. (...)“ (N-04-067).

Seitens der Versammlung wurde keine weitere Aussprache gewünscht, somit wurde über die vier Anträge abgestimmt. Diakon Fritz Weigt wurde einstimmig zum „Reichsführer der Deutschen Diakonenschaft“ bestellt, der Name des Verbandes in „Deutsche Diakonenschaft“ (DD) umgeändert. Der neu bestellte „Reichsführer“ Weigt erhielt den Auftrag, die Verbands-Satzungen grundlegend zu ändern und darin den Führergedanken einzubauen. Zu guter Letzt erfolgte die Annahme einer EntschlieÙung:

„(...) Die an der Geburtsstätte des erneuerten Diakonenamtes, dem Rauhen Hause, zum 9. Deutschen Diakonentage versammelten 1.000 deutschen Diakone versichern der Reichsleitung der Glaubensbewegung Deutsche Christen ihre Treue und stellen sich geschlossen und vorbehaltlos hinter ihre Führung. Sie erwarten, dass diejenigen Diakone, die sich dieser Bewegung noch nicht angeschlossen haben, ihren organisatorischen Beitritt unverzüglich erklären. Wir begrüßen den nationalsozialistischen Aufbruch unseres Volkes als eine Gnade Gottes und nehmen mit unserem ganzen Sein, Denken, Fühlen und Wollen daran teil, hoffend, dass nun Volk und Kirche eine lebendige Gemeinschaft werden. Wir bieten der Kirche erneut, wie einst Wichern schon, unseren Dienst an, um im notwendigen Helferdienst am Leben mitzuwirken, dass endlich die deutsche evangelische Volkskirche des Dritten Reiches werde, in der alle evangelischen Deutschen Heimatrecht finden. (...)“²¹

Nachdem noch einige weitere Anfragen und Anregungen aus der Versammlung behandelt worden waren, gedachte der neue „Reichsführer“ Weigt des großen Werkes des „Volkskanzlers“ Hitler und brachte auf ihn und das Dritte Reich ein Sieg-Heil aus, dem das Absingen des ersten Verses sowohl des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes folgte.²²

Blicken wir zurück auf die Neinstedter Situation in der zweiten Jahreshälfte 1933. Am 27. September 1933 wurde auf einer Sitzung des Brüderrates auch in Neinstedt das Führerprinzip eingeführt. Diakon Karl Strei wurde zum Führer der Neinstedter Brüderschaft gewählt, dem ein Führerbeirat von vier Brüdern beigegeben wurde.²³ Zugleich machten sich die Neinstedter Verwaltungsgremien daran, das vakante Vorsteheramt neu zu besetzen. Nachdem mehrere Kandidaten aus verschiedenen Gründen die dafür nötigen Kriterien nicht hatten erfüllen können, wurde am 4. Juli 1934 Martin Knolle, bisher Pastor im Diakonissenhaus Nowawes, zum neuen Neinstedter Vorsteher gewählt und am 29. August 1934 in sein Amt eingeführt. Der Neinstedter

21 Festbericht, S. 42ff.

22 Zu den detaillierten Ereignissen auf dem 9. Deutschen Diakonentag siehe etwa: Reinhard Neumann, Die Westfälische Diakonienanstalt Nazareth 1914-1954, Jahrzehnte der Krise, Bielefeld 2010, S. 145ff.

23 ANA, Ordner Büchsel/Knolle I u. II.; Sommerer, Allgemeine Berichte, darin: Diakon Werner Krause, Schlimme Jahre, Auf-ab-auf, Die Büchsel-Knolle-Zeit 1923-1956, unveröffentl. Manuskript, S. 8.

„Brüderbote“ vom Juli 1934 charakterisierte seine Person in Kurzform:

„Pfarrer Knolle ist seit 1.3.1932 PG, seit 1.3.1933 DC.“²⁴

In seiner wohl im Jahr 1949 entstandenen Darstellung „Die Geschichte der Neinstedter Anstalten in den letzten 18 Jahren“ beschreibt Martin Knolle die Geschehnisse aus seiner Sichtweise:

„Herrn Pastor Büchsel ist um das Jahr 1930 schon die eigentliche Leitung der Anstalt aus den Händen gewunden. Sofern diese noch wirtschaftlich und organisatorisch funktionierte, war das das Verdienst von Herrn Pastor Richter, der über seine eigentlichen Befugnisse hinaus so etwas wie ein treuer Eckart der Wirtschafts- und Kassenführung der Anstalten insgesamt wurde. (...) Im August (1934; R.N.) trat ich meine Stelle an, zunächst ohne Familie, da mir die Zustände zu unsicher waren. (...) Ich habe versucht, in Neinstedt die Ordnung zu schaffen, die notwendig war. Zunächst stand zur Diskussion die Beruhigung der Brüderschaft. Hinter den ausgeschlossenen fünf Brüdern standen viele andere Brüder, die die Wiederaufnahme forderten. Ebenso viele Brüder aber forderten die Beibehaltung des Ausschlusses. (...)“²⁵

In seiner 1995 entstandenen Abhandlung „Der Lindenhof in Neinstedt und die Anstaltsvorsteher“ weist Gottfried Richter, der Sohn des damals in Neinstedt als zweiter Anstaltsgeistlicher fungierenden Johannes Richter, auf eine Veröffentlichung Martin Knolles in der Zeitung „Evangelium im Dritten Reich“, Sonntagsblatt der Deutschen Christen, Herausgeber Pfarrer Joachim Hossenfelder, Nr. 35 vom 27. August 1933 hin. Mit der Überschrift „Innere Mission und Deutsche Christen“ schrieb Knolle darin:

„Die konkrete Aufgabe der Inneren Mission (IM) besteht nicht darin, Frömmigkeit im luftleeren Raum oder etwa jenseits der Welt zu erzeugen, sondern ihr ganzer Wille muss gleichfalls ein Erziehungswille zum Deutschtum und für das Deutschtum sein, eben weil, wie oben gesagt, Gott uns diese Aufgabe gibt. Nie hat die Innere Mission eine Sammlung asozialer Weltelemente sein wollen, aber sie muss auch in Zukunft jeden Schein fernhalten, der von hierher auf sie fallen könnte. Was Rasse und Volk schädigt, versündigt sich gegen Gottes Gebot. Daraus ergeben sich ganz konkrete Verpflichtungen, über die uns ein Mitleid niemals hinwegheben darf. Recht verstanden, IM nimmt dem Staat eine Arbeit ab, die er niemals leisten kann. Der vergangene Staat ist an diesem Versuch, der IM die Arbeit zu entziehen, wirtschaftlich mit zugrunde gegangen.“

24 Ebd., S. 10. PG = Parteigenosse der NSDAP; DC = Mitglied in der so genannten „Glaubensbewegung Deutsche Christen“.

25 ANA, Ordner: Büchsel/Knolle I u. II.; Sommerer, Allgemeine Berichte, darin: maschinenschr. Aufsatz von Martin Knolle, vermutl. 1949, Die Geschichte der Neinstedter Anstalten in den letzten 18 Jahren, S. 4ff.

Friedrich (Fritz) v. Bodelschwingh, seit dem Tod seines gleichnamigen Vaters 1910 Leiter der Betheler Gesamtanstalten, sah einen Schwerpunkt seines Wirkens in jenen Jahren bei der im Oktober 1934 von ihm mitbegründeten „Arbeitsgemeinschaft der diakonischen und missionarischen Werke und Verbände der Deutschen Evangelischen Kirche“. In ihr waren auf Bekenntnisgrundlage, aber unabhängig von der kirchenpolitischen Option einzelner Beteiligter, Einrichtungen des freien, neben den verfassten Landeskirchen organisierten Protestantismus zusammengeschlossen.²⁶ Am 11. Oktober 1934 erhielt Fritz v. Bodelschwingh in Bethel einen Brief von Martin Knolle aus Neinstedt:

„Mit entsetzlichem Bedauern erleben wir, dass Sie sich dazu hergaben, Hochverrat in der Kirche zu unterstützen, dass Sie einstmals ausersehen zum Reichsbischof Ihren Namen hergaben, Meuterei zum voraussichtlichen Sieg zu führen. (...) Nun sind die Karten geöffnet. Bethel kann sich nicht freisprechen, dass es wesentlich antinationalsozialistisch handelt und gehandelt hat (...). Der kirchliche Kampf, in den nun auch Sie selbst eingegriffen haben ist satanisch geworden, Mächte der Finsternis sind geweckt nun auch durch Sie. Wir wissen aber, dass Gott mit uns ist, und sei auf Ihrer Seite noch so viel dämonische Macht.“²⁷

Bodelschwinghs Unverständnis und seine persönliche Betroffenheit über dieses Pamphlet des Neinstedter Vorstehers spiegelt sich in den Zeilen, die er etwa einen Monat später an einen ebenfalls in Bethel tätigen Pastor richtete:

„Der Mann ist offenbar in seinem Gemüt ganz krank und verwirrt. Sonst könnte er sich doch zu einem solchen Ton nicht versteigen. Sein Kummer ist offenbar, dass sich fast alle Brüderhäuser unserer Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände angeschlossen haben.“²⁸

Ende Dezember 1934 verfasste Martin Knolle von Neinstedt aus einen ersten Aufruf für eine „Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft der Diakonie“:

„Die kirchliche Opposition (gem. ist hier wohl die Bekennende Kirche; R.N.) ist zur staatszerstörenden Macht geworden. Wir wehren uns als Nationalsozialisten dagegen, dass die Führung der männlichen und weiblichen Diakonie sich innerlich einer Kirchenleitung unterstellt und mit einem Regime sympathisiert, das eben noch vom Reichsinnenminister zur Ordnung aufgerufen und verwarnet werden musste. Wir schämen uns, dass die Diakonie dazu beitragen soll, dem Staat solch jämmerliches Bild zu bieten. Wir wehren

uns gegen eine Führung, die uns an diese staatsfeindlichen Mächte binden will. Zur Wahrung und Durchführung der nationalsozialistischen Weltanschauung innerhalb der gesamten Diakonie haben wir eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen, deren Leitung vorläufig in meiner Hand liegt. (...) Es lebe unsere Diakonie, es lebe unsere Kirche, es lebe der Führer. Heil Hitler! Gez. Knolle, Vorsteher der Neinstedter Anstalten.“²⁹

In den nächsten Monaten witterte Knolle in Bethel offenbar weiterhin einen Hort, in dem die „Mächte der Finsternis“ nationalsozialistisches Gedankengut insbesondere in Kirche und Diakonie zu hintertreiben suchten. Am 11. Februar 1935 erhielt Paul Tegtmeier, Vorsteher der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth, einen Brief seines Amtsbruders Martin Knolle:

„In unverhüllter Form haben Sie gegen uns Stellung genommen. Wir verargen Ihnen das nicht, denn Sie können nicht anders, als nationalsozialistische Gedanken sabotieren. Wir haben das vor der Revolution von ihnen erlebt, wir wundern uns nicht, dass wir das jetzt wieder erleben. Der Hinweis auf die geschehene Eingliederung, die Ihrer Meinung nach genügt, ist uns nur ein Hinweis auf nicht nationalsozialistische Haltung und könnte uns veranlassen, die dortige Kreisleitung auf Sie aufmerksam zu machen. Eingegliedert sind Sie, weil Sie es mussten. Vor dem Führer haben Sie heute Achtung, weil Sie es müssen. Offen stehen Sie heute nicht gegen den Nationalsozialismus, weil dazu der Bekennermut fehlt. Wir werden uns merken, dass man im Jahre 1935 noch eine freiwillige Erziehung zum Nationalsozialismus zu bekämpfen versucht. Uns war und ist Ihre Einstellung zum Nationalsozialismus nicht unbekannt, seit jeher nicht unbekannt. Aber siegen werden wir dennoch! Heil Hitler! Knolle“³⁰

Der unmittelbare Anlass des Schreibens Knolles an den Nazareth-Vorsteher war die Reaktion Tegtmeiers auf einen weiteren Aufruf Knolles zur Sammlung einer „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Diakone und Diakonissen“. Einen solchen Zusammenschluss hatte Tegtmeier unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Vorhabens im „Wochenbericht“, dem Mitteilungsblatt der Betheler Bruderschaft, mit Blick auf Nazareth als völlig überflüssig bezeichnet. Tegtmeier warnte eindringlich alle Brüder vor „diesem Knollschen Unternehmen“:

„(...) Ein Nazarener hat nichts dabei zu suchen. Wer trotzdem glaubt, sich dort vorbehaltlos und unbedingt anschlie-

26 Matthias Benad, Einleitung (Gesichtspunkte zur Orientierung), in: Anneliese Hochmuth, Spurensuche, Eugenik, Sterilisation, Patientenmorde und die v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel 1929-1945, Bielefeld 1997, S. XXVI.

27 Hauptarchiv der v. Bodelschwinghschen Stiftungen, Bielefeld-Bethel (HAB), 2/65-54.

28 Ebd., v. Bodelschwingh an Stratenwerth vom 13.11.1934.

29 Archiv des Diakonischen Werkes der EKD (ADW), DD 257, Erster Aufruf der NS-Arbeitsgemeinschaft der Diakonie, Dezember 1934.

30 N-04-067, Knolle an Tegtmeier v. 11.2.1935. Mit dem „Hinweis auf die geschehene Eingliederung“ ist wohl die auf halbem Wege stehen gebliebene „Gleichschaltung“ von Innerer Mission und männlicher Diakonie, vielleicht auch der gesamten Deutschen Evangelischen Kirche gemeint.

ßen zu müssen, hat sich damit selber aus unserem Mutterhaus und der eigenen Bruderschaft ausgeschlossen.“³¹

In der Tat erreichte Knolle mit seinem Aufruf zur Sammlung nationalsozialistisch gesinnter Diakone und mit seinem unverhohlenen Drohbrief gegen Tegtmeier das genaue Gegenteil. Nachdem Tegtmeier das Pamphlet im nächsten „Wochenbericht“ hatte abdrucken lassen, erreichte ihn eine Vielzahl von Zuschriften aus dem Kreis der Nazareth-Bruderschaft. Der Vorsteher konnte sich der uneingeschränkten Unterstützung seiner Diakone sicher sein. Die Nazareth-Familie zeigte ihre Geschlossenheit, unabhängig von politischen Tendenzen oder vom persönlichen Engagement, etwa in der „Glaubensbewegung“ DC. Der Brief Knolles wurde als Angriff auf die gesamte Bruderschaft empfunden. So schrieb ihm ein Diakon, der sich selbst als „ehemaliger Frontkämpfer, Parteigenosse sowie SA-Mann“ bezeichnete, dass die Nazareth-Bruderschaft diese unverschämte Beleidigung ihres Vorstehers als eigene Beleidigung empfinde und nicht widerspruchslos hinnehmen werde: „Neinstedt muss wissen, dass Nazareth-Diakone keine Maulhelden und Schreier sind, sondern Männer der Tat!“³²

Auch innerhalb der Brüderhausvorsteher-Konferenz wurde Knolle aufgrund seiner verbalen Attacken gegen Tegtmeier fortan zunehmend isoliert. Zwar schrieb deren Vorsitzender Philipps in einem Rundbrief an die Mitglieder der BVK, zu seiner Freude seien die Differenzen Knolle – Tegtmeier ohne größere Komplikationen beigelegt worden. Tegtmeier selbst hielt in einer handschriftlichen Notiz über die Sitzung der BVK vom März 1935 in Berlin fest:

„(...) An Knolle: Es geht nicht, dass ein Brüderhausvorsteher in ein anderes Brüderhaus eingreift, dass er diffamiert und er Querorganisationen schafft. (...) Eine nationalsoz. Sondergruppierung kommt nicht mehr in Frage, weil Knolle offenbar von oben einen Dämpfer erhalten hat: 1. Das Verhältnis zu Knolle ruht. 2. Bei gegebener Gelegenheit wird von Fall zu Fall mit ihm verhandelt. (...)“³³

Aus Anlass des 25jährigen Verbandsjubiläums der Deutschen Diakonenschaft fand vom 23. bis 29. Juni 1938 in Bethel der 10. Deutsche Diakonentag statt. Anfang April 1938 hatte von Neinstedt aus Knolle den Antrag gestellt – „und zwar letztmalig“, wie er in dem Schreiben an den

31 „Wochenbericht“ v. 5.2.1935.

32 N-04-067, Diakon U. an Tegtmeier v. 18.2.1935. Auch im „Mittelungsblatt der Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistische Diakonie“ vom 9.2.1935 polemisierte Knolle offen gegen den Nazareth-Vorsteher, den er als „liberalistisch“ bezeichnete: „Eines Tages werden die Masken fallen, wird der Schleier gelüftet werden, dann sind wir da. Dann werden wir diese Hintertreiber zur Verantwortung ziehen.“ Zugleich sperrte Knolle die „Betheler Brüder um der Brüder willen“ für die weitere Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft der NS-Diakone.

33 N-04-067. Auch das Protokoll der Brüderratssitzung in Nazareth v. 15.2.1935 vermerkte: „Bis zur Bereinigung der Angelegenheit wird die Verbindung zu P. Knolle abgebrochen.“ (N-A-061). Siehe dazu vor allem: Neumann, Nazareth, S. 188ff.

DD-Geschäftsführer Fritz Weigt in Berlin betonte – in der Satzung der Diakonenschaft die Verpflichtung der „Treue zum Reich, zum Führer und zur Bewegung, die Bejahung des Dritten Reiches“ und den Nachweis der „arischen“ Abstammung aufzunehmen.³⁴ Zunächst war dieser Antrag Knolles von Weigt jedoch abgelehnt worden, da er nicht im Namen der Neinstedter Bruderschaft, sondern nur von ihm persönlich gestellt worden war.³⁵ Dann allerdings bezog auch der Nazareth-Vorsteher Tegtmeier zu diesem Antrag Knolles ganz persönlich Stellung. Am 22. April 1938 schrieb er an Weigt:

„(...) Erhebliche Sorge machen mir die beiden in Abschrift angefügten Schreiben von P. Knolle. Ich bin sehr erstaunt über den unverschämten Ton, den Herr Kn. anschlägt. Selbstverständlich dürfen wir es hier in Bethel nicht zu einem Skandal kommen lassen. Wir werden sehr aufpassen müssen. Herr Pastor v. Bodelschwingh war bereits sehr bedenklich, als P. Philipps ihm erzählt hatte, dass Herr Knolle mit 100 Brüdern in Bethel erscheinen wolle; ich habe einige Mühe aufwenden müssen, um ihn davon abzuhalten, den Diakonentag abzusagen. Immer wieder rächt es sich, dass unsere Maßnahmen in BVK und DDV nicht die letzte Konsequenz ziehen. In Kassel hätten wir mit ganzer Deutlichkeit den Trennungsstrich Neinstedt gegenüber ziehen sollen (...)“³⁶

Am 1. Juni 1938 wurde der Antrag Knolles den Vorstandsmitgliedern und Vertretern der Deutschen Diakonenschaft zur Kenntnisnahme und Durcharbeitung zugesandt.³⁷ Am 8. Juni 1938 schrieb Tegtmeier nach Neinstedt und äußerte sein Erstaunen darüber, von den etwa fünfzehn bis zwanzig angekündigten Neinstedter Brüdern bisher noch keine definitiven Zusagen zur Teilnahme erhalten zu haben. Tegtmeier bat darum, dieses Versäumte schleunigst nachzuholen, um den organisatorischen Ablauf nicht zu gefährden.³⁸ Vier Tage später, am 12. Juni 1938, wurde er über ein von Knolle namens des „Arbeitsringes für Deutsche Diakonie im Bund für Deutsches Christentum“ in Umlauf gebrachtes Flugblatt „An alle deutschen Diakone im Dritten Reich!“ informiert. Darin lud der Neinstedter Vorsteher zu einer parallelen Konkurrenzveranstaltung ein:

„(...) Wollt Ihr mit darum kämpfen, dass die christliche Seelsorge den deutschen Menschen da aufsucht, wo er steht: im Dritten Reich? Wollt Ihr Euch selbst kameradschaftlich dort einreihen, wo Euer Volksgenosse mit Leib und Seele mar-

34 N-04-106, DDS 1938-1940, Antrag für die Vertreterversammlung in Bethel von Knolle, undatiert. Eine Abschrift davon ist unter dem Datum vom 5.4.1938 erhalten geblieben (N-04-105).

35 N-04-105, Weigt an Tegtmeier vom 21.4.1938.

36 Ebd., Tegtmeier an Weigt vom 22.4.1938.

37 N-04-106.

38 N-04-105, Tegtmeier an die Direktion des Neinstedter Brüderhauses v. 8.6.1938. In einer Aktennotiz v. 10.6.1938 hielt Hausvater Gottfried Teeske vom Brüderhaus Nazareth fest: „Mit Neinstedt sind nun wohl alle Anmeldungen ordnungsgemäß eingegangen. Es liegt uns sehr daran, mit Herrn Pastor Knolle da keine Schwierigkeiten zu haben.“ (Ebd.).

*schiert: im Dritten Reich? Wollt Ihr Wegbereiter dessen sein, was in Punkt 24 des Parteiprogramms als Standpunkt der Staat und Volk tragenden Partei für immer festgestellt ist: Positives Christentum im Dritten Reich? (...) Alle Brüder, die bereit sind, mit uns zu gehen, werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 13. Juni bei der Bundeskanzlei des Bundes für Deutsches Christentum zu melden. Gelegentlich des bevorstehenden Deutschen Diakonentages werden wir in Bielefeld erstmalig eine eigene Zusammenkunft haben. (...)*³⁹

Knolles Versuch einer Spaltung der Deutschen Diakonie lag damit offen auf dem Tisch. Tegtmeyer reagierte sofort. Am 13. Juni 1938 schrieb er an Philipps und Weigt. Jetzt wurde die Auseinandersetzung in aller Offenheit geführt:

*„(...) Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über den sachlichen Unsinn des Inhalts oder über die Verdrehung der Tatsachen, über die Anmaßung der Ausdrucksweise oder über die kindische Ausdrucksweise der Skribenten. (...) Meiner Meinung nach können wir nur in einer Weise reagieren, die nun endlich Herrn Knolle und Genossen aus unserer brüderlichen Gemeinschaft ausschließt. Keiner von uns wird das Geringste dagegen haben, wenn Knolle mit dem Arbeitsring für deutsche Diakonie bei uns und von uns fortgeht. Ich will ihm gerne die paar Brüder aus Nazareth, die vielleicht mitgehen werden, gratis und franko anvertrauen. Aber ich möchte endlich in Ruhe gelassen werden von den psychopathischen Anwendungen dieses geborenen Querulanten. Für den ruhigen Ablauf unseres Diakonentages in Bethel habe ich keine Befürchtungen, vorausgesetzt dass wir aufpassen und einen klaren Weg gehen wollen. Aber Pastor v. Bodelschwingh ist mit mir derselben Meinung, dass wir diesem unverschämten Angriff auf unsere diakonische Gemeinschaft irgendwie entgegen-treten müssen. (...)*⁴⁰

Einen Tag später informierte der „Wochenbericht“ die Brüderschaft Nazareth über die Haltung ihres Vorstehers zum Flugblatt Knolles, verbunden mit dem Hinweis: „Ich kann nur raten, diese Versammlung denen zu überlassen, die sie für sich und ihre paar Gefolgsleute einberufen haben.“⁴¹ Auch die BVK zog nunmehr ihre Konsequenzen. Am 17. Juni 1938 richtete Philipps ein Schreiben an die übrigen Mitglieder, in dem er darüber Kenntnis gab, dass Bodelschwingh über Tegtmeyer die Einladung des Neinstedter Vorstehers Knolle zum Diakonentag nach Bethel zurückgezogen habe und ihn darum bitte, an den Betheler Veranstaltungen nicht teilzunehmen.⁴² Tatsächlich schrieb Tegtmeyer am selben Tag an Knolle und die zwei Neinstedter Diakone, die das Flugblatt mit unterzeichnet hatten:

*„(...) Wir bitten Sie und Ihre Freunde, unsere Einladung, Gäste unserer Anstalten während des 10. Deutschen Diakonentages zu sein, als nicht geschehen anzusehen. Wir sind nicht in der Lage, Sie bei uns aufzunehmen. In Bielefeld werden Sie alle sich selber leicht Quartier besorgen können. Herr Pastor Philipps hat die Einberufung der BVK zurückgezogen. Die rein geschäftlichen Sitzungen des Diakonentages werden nach Bielefeld in die Volkshalle am Papenmarkt verlegt, damit die Bethel-Anstalten nicht zu einem Kampfplatz kirchenpolitischer Auseinandersetzungen irgendwelcher Art werden. Wir haben nicht die Absicht, Sie und Ihre Freunde durch diese Mitteilung irgendwie zu hindern, den im Flugblatt angedeuteten Weg zu einer angeblichen Erneuerung der Kirche und der Diakonie zu gehen. Aber wir sind nicht gewillt, die von uns allen auf dem Boden Bethels erhoffte brüderliche Gemeinschaft stören zu lassen.“*⁴³

Knolles Revolte in der Deutschen Diakonie war damit gescheitert. In einer acht Punkte umfassenden, undatierten Erklärung, wohl nach dem Betheler Diakonentag entstanden, legte Tegtmeyer nochmals die Beweggründe der Ausladung Knolles und seiner beiden Mitunterzeichner dar und betonte dabei zugleich, mit diesem Schritt keineswegs die gesamte Neinstedter Brüderschaft gemeint zu haben. Stattdessen ging es um „eine ganz schlichte Äußerung der verletzten Gefühle, die wir einladenden Nazarener angesichts jenes Flugblattes hatten.“⁴⁴ Am 30. Juni 1938 wurde Knolle von Philipps, dem Vorsitzenden der Brüderhausvorsteher-Konferenz, offiziell mitgeteilt, dass auf den künftigen Tagungen der BVK in seinem Beisein nur noch finanzielle und rein organisatorische Fragen besprochen werden könnten, da die in Bethel anwesenden Brüderhausvorsteher sich nicht mehr in der Lage sähen, „in Deiner Gegenwart sich über innere Fragen der Diakonie auszusprechen.“ Einmütig hielten ihm die Mitglieder der BVK ein „unbrüderliches und agitatorisches, ja beleidigendes Verhalten in den letzten Jahren“ vor, „das zuletzt wieder gelegentlich des Diakonentages in Bethel besonders in Erscheinung getreten sei.“⁴⁵

Der von Knolle initiierte „Arbeitsring für Deutsche Diakonie“ verlor in der Folgezeit sämtlichen Einfluss innerhalb der Deutschen Diakonie. Von den etwa 800 Teilnehmern des Betheler Diakonentages hatten sich im Übrigen nur etwa achtzig bis neunzig Diakone zum gemäßigten Flügel der DC bekannt. Knolles „Arbeitsring“ waren nicht einmal zwanzig Teilnehmer zuzurechnen gewesen.⁴⁶

Auch in Neinstedt hatten sich die Verhältnisse im Verlauf des Jahres 1938 nicht im Sinne von Martin Knolle entwickelt. Am 17. Mai 1936 war dort Hans Sommerer als zweiter Geistlicher eingeführt worden. Sommerer war NSDAP-Parteigenosse vor

39 Ebd., Flugblatt, undatiert, Hervorhebungen im Original.

40 Ebd., Tegtmeyer an Philipps und als Kopie mit separatem Anschreiben an Weigt v. 13.6.1938.

41 „Wochenbericht“ v. 14.6.1938.

42 N-04-105, Philipps an die Mitglieder der BVK v. 17.6.1938.

43 Ebd., Tegtmeyer an Knolle v. 17.6.1938. Auf dem handschriftlichen Entwurf sind als Adressaten die zwei weiteren Neinstedter Diakone, dazu die Namen von Bodelschwingh, Philipps und Weigt vermerkt.

44 Ebd.

45 Ebd., Philipps an Knolle v. 30.6.1938.

46 Zu diesen Vorgängen siehe insbes.: Neumann, S. 213ff.

1933, zeitweilig Schulungsleiter eines SA-Sturmes, Mitglied im NS-Pfarrerbund (dort seit Juli 1934 im „Führerrat“) und der DC. Über das Verhältnis zwischen Knolle und Sommerer schreibt Krause in seinen Aufzeichnungen:

„Wie sich die Zusammenarbeit zwischen Knolle und Sommerer gestaltete, wissen wir nicht. Aus erhalten gebliebenen Verwaltungsrundschreiben u. ä. gewinnt man den Eindruck, Knolle habe sich genötigt gesehen, zu beweisen, dass er als Anstaltsleiter mindestens so tüchtig sei wie der versierte Verwaltungsfachmann Sommerer.“⁴⁷

Seit Mitte 1938 häuften sich die Kontroversen zwischen Knolle und insbesondere verschiedenen NS-Gliederungen und der örtlichen NSDAP-Organisation, die dazu führten, dass Knolle am 21. November 1938 auf eigenen Wunsch vom Verwaltungsrat Neinstedts wegen Meinungsverschiedenheiten mit der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) von seiner Tätigkeit als Anstaltsvorsteher beurlaubt wurde.

Die im Neinstedter Archiv vorliegenden Quellen belegen die Auseinandersetzungen Knolles mit der NSDAP und DAF. Andererseits berichten jedoch weitere Darstellungen davon, dass Knolle am 11. März 1938 ein offenbar vom Neinstedter Diakon und NS-Betriebsobmann Haß in Umlauf gesetztes ehrenrührendes Gerücht zu Ohren gekommen war. Dem Neinstedter Vorsteher und seiner Ehefrau wurden darin ganz bewusst verleumderisch ungesetzliche Dinge unterstellt. Knolle versuchte daraufhin vergebens sowohl bei der Staatsanwaltschaft Anklage gegen Unbekannt wegen Verleumdung als auch ein entsprechendes Verfahren vor den NSDAP-Instanzen anzustrengen. Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wurde jedoch aufgrund einer Amnestie anlässlich Hitlers Geburtstag am 20. April 1938 eingestellt. Ebenso wurden in einem zehnteiligen Bericht an das Magdeburger Konsistorium vom Mai 1939 persönliche Querelen zwischen Knolle und einem weiteren Neinstedter Diakon, dem Hausvater Klein, erwähnt, der zudem in Neinstedt der NSDAP-Propagandaleiter war. Da Klein von Knolle zuvor ganz offenbar in seiner Stellung protegirt worden war, können auch hier ganz persönliche Beweggründe für die Auseinandersetzung Knolles mit den Neinstedter lokalen NSDAP- und DAF-Potenzitäten angeführt werden. Knolles Zerwürfnis mit der Nazi-Partei und ihren Gliederungen entsprach, wenn man diesem Bericht des damaligen Provinzialpfarrers Kracht, Mitglied im Neinstedter Verwaltungsrat, an das Magdeburger Konsistorium folgt, rein persönlichen Beweggründen, wie gekränkter Ehre und der ihm verweigerten Satisfikation durch das zuvor von ihm derart hofierte NS-Regime und seine lokalen Instanzen, und keiner, wenn auch späten Einsicht des Vorstehers Knolle in das Unrecht des Nationalsozialismus.⁴⁸

⁴⁷ Krause, S. 16.

⁴⁸ Archiv der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Rep. A Generalia, Nr. 260 a; entspricht: Konsistorium der Provinz Sachsen, Neinstedter Anstalten, Bd. III, angefangen 1931, geschlossen 1939, Nr. 260 a; enthalten in: Sammlung Konrad Knolle, Ordner 2, dem Verfasser am 2.5.2012 zur Verfügung gestellt, Kracht an das Konsistorium in Magdeburg vom 20.5.1939.

Am 5. und 9. Mai 1939 wurde vom Verwaltungsrat Neinstedts über den beurlaubten Knolle verhandelt, der aussagte, dass seitens des Neinstedter NSDAP-Ortsgruppenleiters ein Verfahren gegen ihn beim NSDAP-Gaugericht beantragt worden war. Am 9. Mai 1939 wurde Knolle auf Weisung des Verwaltungsrates mit der Begründung entlassen, dass zwischen ihm und der lokalen DAF-Führung sowie den ortsansässigen Repräsentanten der NSDP kein Vertrauensverhältnis mehr bestehen würde. In gleicher Sitzung wurde Sommerer zum kommissarischen Anstaltsvorsteher bestimmt, der sich sogleich vom Verwaltungsrat bestätigen ließ, damit auch der Brüderhausvorsteher zu sein. Einen Tag später jedoch, am 10. Mai 1939, traf in Neinstedt ein offensichtlich von der Kanzlei des „Stellvertreter des Führers“ (Rudolf Hess) abgeordnetes Schreiben ein, in dem ausdrücklich ein Aufschub der Kündigung Knolles bis zur Entscheidung des NSDAP-Gaugerichtes verlangt wurde. Im August 1939 entschied dieses Parteigericht offensichtlich zugunsten Knolles, vertagte sich jedoch auf drei Tage. Unmittelbar nach diesem Gerichtstermin, am 25. August 1939, wurde Martin Knolle als Landeschütze zur Wehrmacht eingezogen.⁴⁹ Gottfried Richter verweist auf den weiteren Verlauf der Geschehnisse. Knolle gelang es innerhalb der nächsten Monate, trotz seiner Einberufung zur Wehrmacht, gegenüber den Neinstedter Leitungsgremien seine vollständige Rehabilitierung durchzusetzen:

„23. April 1940: In Quedlinburg findet eine Vorstandssitzung statt, die Amtsbruder Knolle auf Betreiben aller Parteidienststellen rehabilitiert. (...) 5. Mai 1940: Knolle hält einen Rehabilitierungsgottesdienst als Urlauber. Jetzt versöhnen sich auch wieder die beiden Anstaltspfarrer. (...) Die Behauptung, Knolle habe sich aus allen Bindungen der Partei gelöst, ist unzutreffend. Knolle hat niemals sein Parteibuch zurückgegeben, sondern blieb bis zum Zusammenbruch Mitglied der Partei. (...) <Es bleibt> auch unerwähnt, dass Knolle im Laufe des Krieges (vermutlich Ende 1940) Wehrmachtspfarrer wurde und in seiner Uniform im Urlaub sogar Gottesdienst in der Anstaltskirche hielt.“⁵⁰

Auf der Vorstandssitzung am 23. April 1940 wurde das Vorsteheramt aufgehoben und stattdessen Knolle und Sommerer als zwei de iure gleichberechtigte „Betriebsführer“ der Neinstedter Anstalten eingesetzt.⁵¹ Knolle selbst wertet die Geschehnisse während des NS-Regimes in seiner rückblickenden Darstellung von 1949 aus seiner eigenen Perspektive:

⁴⁹ ANA, Ordner Büchsel/Knolle I u. II; Sommerer, Allgemeine Berichte; darin: Sammlung Diakon Werner Krause, „Lauter Fälle“: Büchsel-Knolle-Sommerer-Anstalten-Brüderschaft-Brüdererrat usw.; und Knolle an Eckardt, o. D. (wohl ca. 1963).

⁵⁰ ANA, Gottfried Richter, Der Lindenhof in Neinstedt und die Anstaltsvorsteher, unveröffentlichtes Manuskript 1995, S. 53ff. Die Tatsache, dass Knolle nach seiner Einberufung als einfacher Landeschütze ab dem Jahr 1940 die Dienststellung eines Wehrmachtspfarrers bekleidete, wird für die Geschehnisse der Nachkriegszeit wichtig werden.

⁵¹ Krause, S. 17.

„Im Jahre 1936 wurde Herr Pastor Sommerer als zweiter Pfarrer der Anstalten gewählt und trat sein Amt an. P. Sommerer war DC-Mann. (...) Nach P. Sommerers Amtsantritt zeigte sich sehr schnell ein radikaler Kursus, der so weit vorgetrieben wurde, dass sich in seiner Wohnung eine Ortsgruppe der Thüringer DC auftrat innerhalb der Anstalt, (...) Unter diesen Umständen drohte eine erneute schwere Auseinandersetzung und ein Auseinanderbrechen.“

Daraufhin beschloss ich, um wiederum die Einheitlichkeit zu sichern, die Führung der DC in der Anstalt zu übernehmen und versuchte eine persönliche Mitgliedschaft des einzelnen Bruders dadurch zu verhindern, dass ich die Anstalt korporativ dem Arbeitsring deutscher Diakone anschloss. (...)

Es ist damals ausdrücklich als eine politische, lies ´diplomatische´ Maßnahme meinerseits dargestellt und gedacht gewesen. Wobei ich allerdings gestehen muss, dass mir in der Thüringer DC mancherlei annehmbar schien, im wesentlichen die große kameradschaftliche Bindung, die ich als Gemeinschaft unter Pfarrern bisher niemals gefunden hatte. Ferner lag mir das volksmissionarische der DC sehr nahe, der Wille, in die breite Masse des Volkes, und zwar des kirchenfremden Volkes hineinzugehen. Mein Weg kam ja von den religiösen Sozialisten und stand immer gegen die damalige bürgerliche, restaurierende Kirche im Gegensatz. Dieser Gegensatz war auch theologisch begründet, denn ich bin Barthschüler.

Die deutsch-christliche Theologie war mir völlig fremd und ich habe das auch mehrfach schriftlich wie mündlich zum Ausdruck gebracht. Gottesfeiern und ähnliche Moritaten sind in Neinstedt niemals eingeführt und nicht propagiert. In der Verkündigung kann mir zu keiner Stunde eine Spur der Irrlehre nachgesagt werden, soweit es die Lehre und Sakramentsverwaltung oder den Unterricht angeht.

Die Partei und P. Sommerer sowie einige Diakone der Partei merkten sehr bald, dass dieser mein Weg nicht eine Sicherung ihrer Bestrebungen war, sondern der Versuch sich hemmend in den Weg zu stellen, auch da, wo ich offen laut und vernehmlich immer wieder einmal Stellung für den Nationalsozialismus nahm.

Was mich am Nationalsozialismus anzog, auch das gestehe ich ganz offen, waren viele Dinge, die nach Sauberkeit und Ordnung aussahen, wie das Nichttrauchen der Frauen, die straffe Jugenderziehung in jugendlicher Art, die Befürwortung des Bauernstandes, der weibliche und männliche Arbeitsdienst und die nationale Wendung.

Dass das alles ein Missbrauch dieser Werte war zu ganz anderem Zweck wussten wir nicht, wir wurden das Opfer dieser Unkenntnis, wie viele, sehr viele Menschen.

Als wir und damit auch ich das erkannten, nahmen wir ja auch später klar Stellung. Wie geschildert aber merkten P. Sommerer und die Partei etwa ab 1937, dass meine Stellungnahme mehr eine Hemmung bedeuten und bezwecken wollte, als eine radikale Förderung.

Von da an setzte ein planmäßiger Kampf gegen mich ein, den der Ortsgruppenleiter und Kreisleiter selbst führte mit Hilfe der Diakone Klein und Hass und des P. Sommerers. Ich versuchte noch eine Zeitlang durch die Gradlinigkeit und Linientreue meine Stellung zu demonstrieren. Aber das half dann auch nicht mehr. Im Jahr 1938 erfolgten innerhalb eines halben Jahres schwere Zusammenstöße mit der Partei. (...) Die Zusammenstöße endeten damit, dass ich selbst im Herbst 1938 beurlaubt wurde von meinen Ämtern, dass ich aufgefordert wurde, Neinstedt zu verlassen, dass ich mich weigerte und dass ich nun daraufhin mit einer Fülle von Verfahren bedacht wurde. (...) Daraufhin wurde ich am 9. Mai 1939 fristlos entlassen.⁵²

In den Tagebuchaufzeichnungen des bis 1934 fungierenden zweiten Neinstedter Anstaltsgeistlichen Johannes Richter, redigiert von seinem Sohn Gottfried Richter, heißt es unter den Daten vom 18. und 29. Januar 1941:

„Nach Magdeburg zu einer Rücksprache mit Konsistorialrat (?) Kracht über die bevorstehende Verlegung von 400 Pflinglingen nach Alt-Scherbitz, die der Landesverteidigungskommissar verfügt hat! (...) Aus Neinstedt werden 334 Pflinglinge nach Alt-Scherbitz bei 15 Grad Kälte abtransportiert. Welchem Schicksal gehen sie entgegen? Ein Trauertag ohne Gleichen für unsere Anstalt und auch für mich.“⁵³

Die hier vorgelegte Arbeit kann, wie eingangs erwähnt, schon aus Platzgründen keine umfassende Darstellung der Ereignisse um die NS-Verbrechen der so genannten „Euthanasie“ in Neinstedt abliefern. Der Neinstedter Altvorsteher Jürgen Wieggrebe hat unter dem Titel „Entlassen: Altscherbitz – Zwangssterilisation und ´Euthanasie´ an Bewohnern der Neinstedter Anstalten 1934-1943“ eine Dokumentation des „Euthanasie“-Geschehens in Neinstedt veröffentlicht.⁵⁴ Der Verfasser möchte jedoch an dieser Stelle ausdrücklich auf zwei bisher nicht veröffentlichte Briefe hinweisen, die belegen, dass Martin Knolle, obwohl seit August 1939 zur Wehrmacht eingezogen, es von seinem Garnisonsort Warburg in Westfalen aus unternommen hat, sich aktiv an der eventuellen Verhinderung zu beteiligen, als ihm im Februar 1941 die Vorgänge der „Euthanasie“ in Neinstedt bekannt wurden. Von Warburg aus hatte er in den ersten Februar-Wochen 1941 Fritz v. Bodelschwingh in Bethel aufgesucht (den er im Oktober 1934 der Mittäterschaft am Hochverrat

52 Aufsatz Knolle, S. 9ff.

53 ANA, Auszüge aus dem Tagebuch des seinerzeitigen zweiten Anstaltsgeistlichen Pastor Richter (1904-1934), angefertigt und übersandt von seinem ältesten Sohn Gottfried Richter im September 1996. Diesen Auszügen liegt eine Notiz von Diakon Werner Krause vom 23.9.1996 bei: „Ein Exemplar liegt bei der ‚Sammlung Büchsel/Knolle/Sommerer‘, ein weiteres bei der Sammlung ‚Euthanasie-Morde‘, schließlich ist eines aufgenommen in die ‚Einzelbeiträge‘.“

54 Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.), Psychiatrie des Todes, NS-Zwangssterilisationen und „Euthanasie“ im Freistaat Anhalt und in der Provinz Sachsen, Magdeburg 2001, S. 60ff.

in der Kirche bezichtigt hatte). Am 15. Februar 1941 schrieb Knolle aus Neinstedt nach Bethel:

„Ich bin soeben wieder von meinem Urlaub in Neinstedt zurück und halte mich für verpflichtet, Ihnen doch ganz kurz von dem Ergebnis mitzuteilen, das im Wesentlichen auf unsere kurze Besprechung auf dem Friedhofsweg (in Bethel; R.N.) zurückzuführen ist. Ich hatte in der gleichen Nacht damals noch mit Neinstedt telefoniert. (...) Dann hat es meine Frau getan zusammen mit Frau Prof. Kögel. Der hiesige Arzt setzte sich sehr für die Sache mit ein und wandte sich dann an die ihm mitgeteilte Stelle im Reichsinnenministerium. So sind wenigstens noch 43 zurückgestellt. Wir sind froh, dass wenigstens das erreicht wurde. 400 sind ja nun noch hier; es bleibt jetzt abzuwarten, ob man noch einen zweiten Transport durchführt.“⁵⁵

Im gleichen Zusammenhang schrieb v. Bodelschwingh drei Tage später an Frau Knolle in Neinstedt:

„Da ich vermute, dass Ihr Mann inzwischen abgereist ist, möchte ich ihm durch Sie für seinen heute erhaltenen Brief danken und die Bitte hinzufügen: Können Sie mir schon jetzt etwas über das Geschick der aus Neinstedt verlegten Kranken mitteilen? Haben Angehörige noch die Möglichkeit, sie dort zu besuchen oder sie von dort abzuholen, wenn Familienpflege möglich ist? Sodann ein zweites: Lässt sich erkennen, ob dem ersten Transport besondere Merkmale zugrunde gelegt wurden, indem man vorwiegend die Schwächsten fortnahm oder sind auch bildungsfähige Kinder aus der Schule abgeholt worden? Und endlich: Ist die Maßnahme, wie es in Stetten und an anderen Orten geschah, damit begründet worden, dass man ihre Häuser für andere Zwecke, z.B. für Kranke aus den Umsiedlungsgebieten, gebrauchen wolle?“⁵⁶

Im Juli 1945 kehrte Knolle aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Neinstedt zurück und nahm seine dortigen Funktionen wieder auf. Sofort regte sich dagegen heftiger Widerstand aus dem Kreis der Neinstedter Bruderschaft. Eine Gruppe um den als Gemeindediakon in Berlin-Neukölln tätigen Herbert Sarnow versuchte Knolle „des Neinstedter Werkes zuliebe“ zum sofortigen Rücktritt zu drängen:

55 HAB, Knolle an v. Bodelschwingh vom 15.2.1941. Die von Jürgen Wieggrebe veröffentlichte Dokumentation (S. 68f.) weist darauf hin, dass die so genannte Neinstedter „Pflegerliste“ vom 30.9.1938 bis zum November 1943 insgesamt 744 „Entlassungen“ verzeichnete. Bis zum August 1944 verblieben noch 63 Bewohner in Neinstedt. Sämtliche „Entlassungen“ wurden mit der Unterschrift Pastor Sommerers eingeleitet.

56 Ebd., v. Bodelschwingh an Frau Knolle vom 18.2.1941. Über die Vorgänge in der Heil- und Pflegeanstalt für „Schwachsinnige“ und „Epileptische“ in Stetten bei Waiblingen erhielt v. Bodelschwingh detaillierte Kenntnisse durch den dort tätigen Nazareth-Diakon Robert Kunert, der darüber an Tegtmeyer und durch diesen an v. Bodelschwingh in Bethel berichtete. Siehe dazu: Neumann, Nazareth, insbes. das Kapitel „Die Bedrohung durch die ‘Euthanasie’“, 1940/1941, S. 240ff.

„Sehr überrascht war ich darüber, dass es in diesem Zeitschnitt demokratischen Denkens und bei der derzeitigen Kirchenleitung möglich ist, dass Sie das Amt der Leitung der Neinstedter Anstalten noch in der Hand haben. Ich hatte angenommen, dass Sie selbst so viel Empfinden dafür gehabt hätten, aus diesen Zeitereignissen heraus die Konsequenzen zu ziehen. (...) Um einen geeigneten Dienst des Neinstedter Werkes, der so dringend notwendig ist, für die Zukunft nicht unnötig aufzuhalten oder zu verhindern, wäre es erforderlich, dass Sie Ihren Platz recht bald für einen Mann freimachen, der allein unter der Leitung des Heiligen Geistes stehend, die Führung übernimmt. Jede weitere Auseinandersetzung würde diesen Schritt nicht verhindern, sondern wie schon bemerkt, nur Gottes Wirksamkeit in seinem Werk aufhalten.“⁵⁷

Knolle hingegen beteuerte in einem Rundschreiben an die Neinstedter Bruderschaft und in Briefen an Johannes Wolff, Vorsteher des Stephansstifts in Hannover, und Paul Tegtmeyer in Bethel, seit 1938/1939, spätestens jedoch seit den NS-Krankenmorden eine innere Abkehr vom Ungeist der DC und der NSDAP vollzogen zu haben. Einem Teil dieser Schreiben legte er Leumundszeugnisse bei, die ihn als „Opfer des Faschismus“ oder auch als „Antifaschisten“ bezeichneten.⁵⁸ Tegtmeyer allerdings erklärte umgehend, „dass er sich nicht wieder mit Pastor Knolle an einen Tisch setzen würde.“⁵⁹ Bei einem Teil seiner Bruderschaft konnte Knolle jedoch mit Unterstützung rechnen. Der Neinstedter Diakon Richard Eckhardt, der unmittelbar zuvor von Knolle anlässlich seines 50jährigen Diakonenjubiläums für die Wichernplakette vorgeschlagen worden war, vermutete persönliche Intrigen hinter den Rücktrittsforderungen gegen Knolle. Vor allem sprach der Neinstedter Bruder dem in Berlin tätigen Sarnow die genauen Kenntnisse der Neinstedter Vorgänge und gegenwärtigen Verhältnisse ab. Deswegen wäre es besser gewesen, wenn Sarnows Brief gar nicht geschrieben worden wäre. Für den Neinstedter Bruder Eckhardt war es Tatsache, dass zurzeit ein stark ausgeprägtes Fingerspitzengefühl erforderlich wäre, um unter den derzeitigen Verhältnissen den richtigen Kurs trotz Sturm und Klippen im Auge zu behalten. Chaos und Untergang wäre jedoch sicher, wenn Bruder Sarnows Wünsche nach dem Rücktritt Knolles erfüllt würden. Im letzten Satz seines Briefes stellte er an Sarnow die Frage: „Wo bleibt Römer 13, 1-5?“⁶⁰ In dieser Situation sah der damals noch nicht amtsenthobene Fritz Weigt, der durch Sarnow über die Neinstedter Ereignisse informiert worden war, die Gelegenheit seitens der DD in diese Kontroverse einzugreifen. Ein heftiger Protest Wolffs, auch namens des Nazareth-Vorstehers Tegtmeyer, war die Folge. In harschem Ton wies Wolff darauf hin, dass es seine Sache als Vorsitzen-

57 ADW, DD 257, Sarnow an Knolle vom 27.1.1946.

58 Ebd., Rundschreiben Knolles an die Bruderschaft vom 20.2.1946; N-04-070, Knolle an Tegtmeyer vom 18.1. u. 22.2.1946.

59 ADW, DD 9, Wolff an Weigt vom 26.2.1946.

60 „Jederman sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit, ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet“ usw.

der der Brüderhausvorsteher-Konferenz sei, in solchen Fragen vermittelnd tätig zu sein. Er und auch Pastor Tegtmeyer hätten mit Verwunderung wahrgenommen, „dass Sie diese Sache anfassen, während wir bereits damit beschäftigt sind, die Lage zu klären.“⁶¹ Weigt hatte in den Augen der BVK eindeutig seine Kompetenzen überschritten. Sich seiner eigenen, derzeit recht unsicheren Situation durchaus bewusst relativierte er deshalb seinen Vorstoß und teilte Wolff mit, lediglich von neun Neinstedter Brüdern gebeten worden zu sein, „ihren Wunsch auf freiwilligen Rücktritt von Pastor Knolle mitzunehmen und zu unterstützen.“⁶²

Knolle war durch einen Teil seiner Bruderschaft, aber auch durch das Verhalten der BVK ihm gegenüber der Rücken gestärkt worden. Am 1. März 1946 schrieb er an Weigt:

„Wir regeln diese Neinstedter inneren Angelegenheiten allein. Wir müssen sie ja auch allein regeln. (...) Ich bitte das nicht als irgendeine Schärfe zu betrachten. Dass von meiner Entscheidung, falls ich etwa bewogen werden könnte auf Sarnows Brief hin wirklich die Konsequenzen zu ziehen, hier allerdings das Schicksal der Anstalt abhängt, das möchte ich doch nicht ungesagt lassen.“⁶³

Die äußere Situation der Neinstedter Anstalten war tatsächlich bedrohlich. Mehr als 70 % der Anstaltshäuser waren für die Unterbringung von Soldaten der Roten Armee beschlagnahmt worden. Ab dem August 1946 wurden in den Häusern Werkswohnungen der Sowjetischen Aktiengesellschaft des Hüttenwerks in Thale eingerichtet. Knolle verfasste darüber im August 1948 eine zehnsseitige Denkschrift, die er zusammen mit etlichen Anlagen an die Sowjetische Militäradministration, den Provinzialausschuss für Innere Mission in der Provinz Brandenburg, die Metallurgische Aktiengesellschaft in Thale, den Rat des Kreises Quedlinburg und weitere Adressaten versandte.⁶⁴

Zudem gelang es ihm, innerhalb der Deutschen Diakonie zum mindest Weigt davon zu überzeugen, aufgrund der vorliegenden Verhältnisse für die Belange Neinstedts, vor allem wegen der Verhandlungen zur Rückgabe der besetzten Häuser, unentbehrlich zu sein. Ein neuer Vorsteher an seiner Stelle hätte sich erst einarbeiten und das Vertrauen der sowjetischen Besatzungsmacht gewinnen müssen. Auch das Gros der Neinstedter Bruderschaft war sich dieser Notwendigkeiten inzwischen bewusst geworden. Durch den Brüderältesten Adolf Hirte wurde Knolle eine Art von Vertrauensvotum ausgesprochen und das Ansinnen der Berliner Brüder auf Knolles freiwilligen Amtsverzicht abgelehnt. Knolle war sich nunmehr seiner Position als Vorsteher so sicher, dass er erklären konnte, selbstverständlich nicht mit aller Gewalt an seinem Amt kleben zu wollen. Bei einem etwaigen Rücktritt jedoch, falls er von ihm verlangt wer-

den würde, wolle er „sofort alles niederlegen und keinen Handschlag mehr tun.“⁶⁵ Ende April 1946 sah sich Knolle in seiner Stellung sogar so weit gestärkt, in einem an Weigt gerichteten Brief über die Opposition gegen ihn aus den Reihen seiner eigenen Bruderschaft auf recht deutliche Art polemisieren zu können:

„Die durch Bruder Sarnow aufgeworfenen Fragen, die ja nicht eine Angelegenheit Pastor Knolle sind, sondern eine Angelegenheit Bruder Sarnow, bitte ich doch uns zu überlassen. Ich halte das ganz klar für den einzig möglichen Weg. Bruder Sarnow beruft sich in einem Brief an Bruder Eckhardt, der im übrigen an diakonischem Geist alles vermissen lässt in Stil, Form und Inhalt, trotz aller Bibelzitate und damit darstellt, dass der Besitz des Buchstabens nicht den Besitz des Geistes ausmacht (wobei ich kein Urteil über den Bruder fälle, sondern nur über seinen Brief). (...)“⁶⁶

Knolle blieb im Amt. Im Juni 1946 schrieb der Kraschnitzer Brüderälteste Hirse nach München an Heinrich Schlötterer, den Stellvertreter des inzwischen aufgrund seiner NS-Verstrickungen amtsenthobenen DD-Geschäftsführers Weigt. In Hirses Brief wird ein gehöriger Sarkasmus gegenüber dem Verhalten der Brüderhausvorsteher deutlich. Alte Animositäten zwischen den Vorstehern und den Diakonen brechen darin erneut auf:

„Du bist erstaunt, dass Pastor Knolle noch immer im Amt ist. Ein Teil der Brüder läuft auch Sturm dagegen, doch im Augenblick ist wenig anzufangen, da kein Ersatz für ihn vorhanden ist und er auch wegen der besonders schwierigen Verhältnisse in Neinstedt jetzt nicht zurückgezogen werden kann. Aber Du hast durchaus Recht, dass man sich darüber wundern muss nach allem, was Knolle sich früher als Partei- und DC-Mitglied geleistet hat. Besonders verwunderlich ist es, dass er jetzt von einigen Vorstehern gedeckt wird, die früher nicht mit ihm zusammen arbeiten wollten. Mir geht es mit diesen Herren gerade umgekehrt, aber damit muss man sich eben abfinden, denn man ist ein Theologe.“⁶⁷

Am 19. Februar 1947 erging ein Beschluss der Spruchkammer des Evangelischen Konsistoriums der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg:

„Die Spruchkammer hat am 22.11.46 beschlossen, das Verfahren gegen Pfarrer Knolle einzustellen. Das Urteil ist am 21.1.47 zugestellt und erhält am 21.2.47 Rechtskraft. Die Spruchkammer ist in voller Würdigung der belastenden Momente aus geistlichen Gründen zu ihrem Urteil gekommen. Eine nähere Begründung zu geben, sind wir nicht in der Lage, da die Urteile der Spruchkammern nicht öffentlich sind. Gerade hieran wird deutlich, dass die Kirche unter anderen Gesetzen steht als der Staat. Ob Pfarrer Knolle weiterhin Leiter der Neinstedter Anstalten bleiben soll, unter-

61 ADW, DD 9, Wolff an Weigt vom 26.2.1946.

62 Ebd., Weigt an Wolff vom 27.3.1947.

63 ADW, DD 257.

64 ANA, Ordner Denkschrift der Neinstedter Anstalten 1945-1948 mit Anschreiben vom 10. August 1948.

65 ADW, DD 257, Weigt an Franz vom 19.3.1946.

66 Ebd., Knolle an Weigt vom 23.4.1946.

67 ADW, DD 9, Hirse an Schlötterer vom 20.6.1946.

liegt der Entscheidung der Kirchenleitung, die noch nicht getroffen ist.⁶⁸

Ab dem November 1949 geriet Knolle jedoch erneut in den Fokus einer von verschiedenen Seiten gegen ihn gerichteten Kritik. Vor allem der Berliner Bruder Hanspach, auf Betreiben Knolles 1937 aus der Neinstedter Bruderschaft ausgeschlossen, erhob erneut schwerwiegende Vorwürfe gegen ihn. In einem daraufhin anberaumten „Sechs-Augen-Gespräch“ zwischen Knolle, Karl Nicol, dem Rummelsberger Rektor und dienstältesten deutschen Brüderhausvorsteher, sowie dem DD-Vorsitzenden Friederich gelang es Knolle wohl zunächst, die noch aus der NS-Zeit resultierenden Beschuldigungen zu entkräften. Aber auch neuen Vorwürfen, vor allem seitens der Neinstedter Jungbruderschaft, die ihm ein ständiges Heranziehen zur Sonntagsarbeit, insbesondere aber „schon wieder eine gemeinsame Sache mit der SED“ unterstellten (also ein Verhalten, das Knolle schon gegenüber der NSDAP an den Tag gelegt hatte), begegnete Knolle mit den Sätzen: „Nur nicht so fromm!“ und „Ich bin der Bruderschaft keine Rechenschaft schuldig!“⁶⁹

Der Rummelsberger Rektor Nicol war damit offenbar zufrieden und kommentierte die Anschuldigungen gegen Knolle: „Wie oft solche aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze im Bericht von übelwollenden Menschen ganz anders klingen als im Original.“⁷⁰ Friederich schrieb darüber an Weigt und dokumentierte damit exemplarisch einen Akt der damals anscheinend üblichen brüderlich-diakonischen Verbundenheit unter den Mitgliedern der BVK:

„So erklärte Pastor Nicol zum Abschluss der ernsten und gründlichen, aber im Sinne brüderlicher Versöhnlichkeit geführten Unterredung den Willen der BVK, mit ihm zusammenzuarbeiten und sprach den Wunsch aus, dass die Sache endlich zur Ruhe kommen dürfte, damit die Bruderschaft in dieser notvollen Lage doch in innerer Geschlossenheit dem Fest des hundertjährigen Bestehens entgegensehen dürfe und ich legte ihm noch aufs Gewissen, in seinem Haus die Brudersache Nr. Eins sein zu lassen und für eine rechte innere Erziehung Sorge zu tragen. (...) Weil ich überzeugt bin, dass der Mann mancherlei gelernt hat und reifer geworden ist, deshalb ist es mir innerlich verwehrt, über ihn Gericht zu sitzen. (...) Und es ist den Brüdern zweierlei ein Anliegen: dass Brüder in der Nähe von Knolle wären, die ihm raten und auch brüderliche Opposition leisten und dass die ganze Bruderschaft mit ihrer Fürbitte hinter ihm stehen möchte.“⁷¹

Allein der Lobetaler Vorsteher Paul Gerhard Braune, Präsident des Central-Ausschusses Ost für die Innere Mission, zudem während der NS-Zeit einer der Protagonisten gegen die Morde der „Euthanasie“ (ein approbierter Antifaschist, wie er sich selbst bezeichnete) äußerte, soweit bekannt

68 Archiv der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal (AHTA), EA 880.

69 ADW, DD 54, Friederich an Weigt vom 5.11.1949.

70 Ebd.

71 Ebd.

geworden ist, aus dem Kreis der Brüderhausvorsteher ein offenes Unverständnis gegenüber der brüderlichen Milde, die die BVK Knolle zukommen ließ:

„Soweit ich sehe, fordern die gesamten Neinstedter in Berlin und Umgebung seinen (Knolles; R. N.) Rücktritt. Der Bräderälteste und Bezirksvorsteher ist Bruder Hanspach bei der Berliner Stadtmission. Er ist wohl der Hauptführer in dieser Bewegung. Etwa im Jahre 1935 führte er einen heftigen Kampf gegen Bruder Knolle, weil Knolle als bewusster DC-Mann Hanspach aus der Bruderschaft ausschloss. Er trat ihm als Mitglied der BK entschieden entgegen. Soeben berichtet auch ein von mir beschäftigter Neinstedter Diakon, dass Knolle damals mit der Gestapo gedroht hat, wenn Hanspach ihm nicht zu Willen wäre. (...) Ich möchte Ihnen dies nur mitteilen als eine Antwort auf Ihre Frage. Zumindest hätte ja wohl ein Lehrverfahren gegen Knolle durchgeführt werden müssen, weil er als DC uns allen bekannt gewesen ist. Wie die anderen Neinstedter Brüder zu ihm stehen, weiß ich nicht.“⁷²

Braune schrieb auch direkt an Knolle und teilte ihm seine Bedenken mit:

„Das notwendige Material aus dem Lehrverfahren habe ich gesehen und muss allerdings sagen, dass Sie in Berlin-Brandenburg wohl nicht so leicht davongekommen wären. Wenn ich das sage, hat das dadurch ein besonderes Gewicht, weil ich Vorsitzender der Spruchstelle der Brandenburgischen Landeskirche bin, also Vorsitzender der Berufungsinstanz, und nach dem Urteil Ihres Onkels, Bischof Dibelius, gelte ich bestimmt als ein milder Richter. Es sind also doch allerlei Urteile und Vorwürfe, die es notwendig machen, dass wir die Frage noch einmal eingehend und ernstlich besprechen. Es liegt kein Segen auf unserem Dienst, wenn wir dauernd und immer wieder den Widerspruch bei wertvollsten Gliedern unserer Gemeinde spüren.“⁷³

Einige Monate später war die „Angelegenheit Knolle“ noch nicht „zur Ruhe gekommen“. Nunmehr schrieb Friederich davon, dass auch Pastor Wolff als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Männlichen Diakonie (AGMD) und BVK zu der Überzeugung gekommen sei, „dass der größte Teil der Schuld auf Seiten von Pastor Knolle liegen würde.“ Wolff hätte sich deswegen völlig von Knolle zurückgezogen und auch Nicol hätte nunmehr größte Bedenken über die Situation in Neinstedt und über die Person Knolles geäußert.⁷⁴ Anfang Mai 1950 wurde, allerdings völlig ergebnislos, der Hamburger Vorsteher Gottholt Donndorf durch Wolff als Vermittler in der „Angelegenheit Neinstedt“ eingeschaltet. Donndorf war ein Onkel der Ehefrau Knolles und sah sich offenbar bald außerstande, Knolle zum Rücktritt von der Leitung der Anstalt und der Bruderschaft zu bewegen. Friederich als DD-Vorsitzender war völlig anderer Meinung, sah aber ganz deutlich die Entscheidungsschwäche seiner

72 AHTA, EA 880, Braune an Bischof Müller vom 14.2.1949.

73 Ebd., Braune an Knolle vom 4.8.1949.

74 ADW, DD 54, Friederich an Weigt vom 7.3.1950.

eigenen Position in dieser unmittelbar den Kreis der Brüderhausvorsteher betreffenden Problematik:

„Unter diesen Verhältnissen will nun die BVK die Sache beruhen lassen, kann sich jedenfalls nicht entschließen, das gefasste Votum der dortigen Kirchenleitung und dem Verwaltungsrat der Anstalt mitzuteilen. Pastor Wolff fragt bei mir an, was wir zu tun gedenken. Ich werde ihm darauf heute noch antworten und ohne mich zum einen oder zum anderen zu entschließen, mein Bedauern darüber aussprechen, dass der Teil der Neinstedter Bruderschaft, der guten Willens ist, sich erneut im Stich gelassen sieht. Aber wir als Diakonenschaft werden jetzt nicht unsere Entschließung publizieren können, wenn der andere Teil der Arbeitsgemeinschaft nicht mitgeht. Es war ja wohl vorauszusehen, dass der Verwandte, nämlich Pastor Donndorf, sich als Partei fühlen muss, und zwar zugunsten Knolles.“⁷⁵

Zwischenzeitlich war Knolle seitens der BVK offenbar der „freiwillige Rücktritt“ nahe gelegt worden. Doch nach Donndorfs vergeblichem Vermittlungs-Besuch in Neinstedt sah sich Wolff außerstande dieses Votum weiterhin durchzusetzen. Wolff betonte vor allem die bedingungslose Einmütigkeit dieses Gremiums in allen offenen Fragen. Jetzt aber „ergibt sich hiermit die Situation, dass die BVK in dieser Angelegenheit nicht mehr einmütig ist; wir sind es stets gewohnt gewesen, nur dann zu handeln, wenn wir einmütig waren.“⁷⁶ Wolff teilte seinen Amtsbrüdern nunmehr mit, sich vorläufig abwartend verhalten zu wollen. Das würde allerdings an seiner eigenen Einstellung zu dieser ganzen Sache nichts verändern. Er würde jedoch Person und Sache in Neinstedt unterscheiden können; auch deshalb würde der „in schwerer Lage befindliche Bruder Knolle sein aufrichtiges Mitgefühl“ besitzen.⁷⁷

Auch innerhalb der Neinstedter Bruderschaft eskalierte im Mai 1950 eine heftige und emotional aufgeladene Auseinandersetzung um die Zukunft der Einrichtung und um das weitere Fortbestehen der brüderlichen Verbundenheit. In Rundbriefen wurden die konträren Positionen jeder dieser Gruppen der Öffentlichkeit publik gemacht. Die eine Seite führte vor allem an, dass es absolut sinn- und zwecklos wäre, „immer wieder über die Gründe und Ursachen der unglücklichen Ehe zwischen Bruderschaft und Vorsteher“ zu diskutieren und zu problematisieren. Für eine „gesegnete geistlich-seelsorgerliche Leitung der Bruderschaft“ sei das nötige Vertrauen zu Knolle abhanden gekommen und deshalb wäre eine Neubesetzung des Vorsteheramtes unumgänglich.⁷⁸ Die andere Neinstedter Fraktion führte ebenso aufgebracht an, dass es bei dem Kampf um „unseren Pastor Knolle“ nicht nur um einen Kampf um seine Person gehen würde, sondern „auch um das Fortbestehen unserer nun hundertjährigen Arbeit! Wir wollen aufbauen durch Zusam-

75 Ebd., Friederich an Weigt vom 10.5.1950.

76 ADW, DD 316, Wolff an die BVK vom 4.5.1950.

77 Ebd.

78 ADW, DD 258, Rundbrief des Brüderrates der Neinstedter Bruderschaft vom 10. Mai 1950.

menarbeiten, aber nicht durch Auseinanderarbeiten zerstören“. Den Widersachern Knolles, die für seinen Rücktritt oder seine Abberufung votierten, wurden geradezu diabolische Beweggründe unterstellt:

„Wie können wir nun hier in Neinstedt das Jubiläum vorbereiten, wenn einige auswärtige Brüder die Feiern zu sabotieren versuchen! (...) Diese unselige Zwietracht ist nicht nach Gottes Willen, sie ist vom Widersacher! Seit 1933 steht dieser Widersacher unserer Arbeit vor den Toren und wartet nur auf den Augenblick seines Einmarsches. Seine Hoffnung auf das Öffnen der Tore und seinen Sieg ist diese unselige Zwietracht. Wollen wir im Jahre des hundertjährigen Gedenkens unserer Arbeit zu Verrätern am eigenen Werk werden?“⁷⁹

Allen Seiten war an einer endgültigen Klärung gelegen, dennoch wurde ebenso von allen Seiten nach wie vor völlig ergebnislos hin und her laviert. Friederich als Vorsitzender der Diakonenschaft war sich sicher, „mit Gewehr bei Fuß“ dabei zusehen zu müssen, wie die Bruderschaft Neinstedt „durch den erbärmlichen Ehrgeiz eines Mannes vor die Hunde geht.“⁸⁰ Von einer Teilnahme an der Hundertjahrfeier Neinstedts wollte er auf jeden Fall Abstand nehmen: „An wen soll man das Glückwunschsreiben richten? Man kann eigentlich nur kondolieren!“⁸¹ Die gegen Knolle eingestellten Neinstedter Brüder hingegen bedauerten „die haltende ängstliche Haltung der Vorsteher-Konferenz und der DD“ und drängten noch vor der Jubiläumsfeier „trotz aller Quertreibereien Pastor Knolles und seiner Freunde auf eine endgültige Klärung“.⁸² Wolff reagierte inzwischen ausgesprochen resigniert:

„Ich habe das Gefühl, dass Herr Pastor Knolle einfach verblendet ist, und dass er tatsächlich keine Ahnung davon hat, in welcher Lage er sich in Wirklichkeit befindet. Vorläufig nehme ich den Standpunkt ein, dass es gar keinen Zweck hat, wenn die DD oder die BVK oder die AGMD sich noch einmischen wollten. Außenstehende, einzelne Personen oder Gremien, können hier, wie mir scheinen will, nichts mehr ausrichten – aber die Lage bleibt tief traurig!“⁸³

Ende September 1950 war ein scheinbarer Kompromiss gefunden. Inzwischen hatte die Bruderschaft Neinstedts zugunsten Knolles für dessen Verbleib im Vorsteheramt abgestimmt. Auf Vorschlag des Verwaltungsrates der Anstalten sollte Knolle allerdings in Zukunft ein zweiter Pastor zur Seite gestellt werden, „dem als eigentliche Aufgabe die Brüderausbildung und die Pflege der Bruderschaft übergeben werden soll.“ Die Hundertjahrfeier Neinstedts war auf das Frühjahr 1951 verschoben worden. Der Brief

79 Ebd., Rundbrief „An alle Neinstedter Brüder!“ vom Ende Mai 1950.

80 ADW, DD 54, Friederich an Weigt vom 8.7.1950.

81 Ebd., Friederich an Weigt vom 15.7.1950.

82 ADW, DD 258, der Neinstedter Diakon Franz, Magdeburg, an Weigt vom 31.7.1950.

83 Ebd., Wolff an Weigt vom 6.8.1950.

schloss mit der Frage: „Ob sich dafür wohl jemand finden wird?“⁸⁴

Mit dieser Lösung war nunmehr jedoch die BVK-Ost überhaupt nicht einverstanden. Ihrem Vorsitzenden, dem Vorsteher des Johannesstifts Richard Eckstein, fiel die Aufgabe zu, Bischof Müller von der Magdeburger Kirchenleitung um eine endgültige Klärung zu ersuchen, da „die BVK-Ost sich mitverantwortlich fühlt für eine rechte Ordnung in allen Bruderschaften der männlichen Diakonie“ und sie deshalb nicht einfach schweigen dürfe. Die schwache Mehrheit, die auf dem Neinstedter Brüdertag für einen Verbleib Knolles im Amt gestimmt hätte, wäre doch zugleich auch ein Beweis dafür gewesen, dass Knolle das Vertrauen bei einem großen Teil seiner Brüder nicht mehr besitzt. Auch würde der geplante Ausweg, durch Einschaltung eines Brüderpfarrers die Neinstedter Vertrauenskrise zu beheben, keine tragfähige Lösung ergeben. Deswegen sollte Knolle durch die Kirchenleitung nochmals zum freiwilligen Rücktritt bewegt werden.⁸⁵

Knolle blieb weiterhin im Amt. Das Konsistorium in Magdeburg schien allerdings von nun an seiner Person eine verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Fast schien es, als wäre ein Vorfall aus dem Jahr 1942 bewusst erst im Frühsommer 1951 der Kirchenbehörde zur Anzeige gebracht und als Begründung dafür genommen worden, gegen Knolle das Amtsentsetzungsverfahren (allerdings nicht die Dienstenthebung) einzuleiten. In einem mehrseitigen Brief an Tegtmeyer in Bethel schilderte Wolff als BVK- und AGMD-Vorsitzender am 20. Juni 1951 den entsprechenden Sachverhalt: Knolle hatte Wolff ein dickes Aktenstück zugeleitet, in dem die Abschrift des Disziplinarurteils, daneben aber auch die Entscheidungsgründe der Disziplinarverhandlung und die Protokolle sämtlicher Zeugenvernehmungen enthalten waren. Dieser „Vertrauensbeweis einer brüderlichen Gesinnung“ hatte Wolff dazu bewegt, den ganzen Vorgang sorgfältig durchzuarbeiten. Die Folge davon war, so schrieb Wolff an Tegtmeyer, „eine sehr merkwürdige Empfindung“ diesem Prozess gegenüber. Wolff war nunmehr der Meinung, dass die Anzeige beim Konsistorium in Magdeburg von zwei bei der Berliner Stadtmission tätigen Neinstedter Brüdern erfolgt war, die auf diese Weise Knolle endgültig aus dem Vorsteheramt herausdrängen wollten. Beide Brüder hätten über die eigentlichen Vorgänge selbst nur gerücheweise erfahren, sie aber dennoch unverzüglich zur Anzeige gebracht. Während seiner Dienstzeit als Heerespfarrer soll Knolle im Jahr 1942 an den damaligen Landesbischof Dohrmann geschrieben und um seine Entlassung aus dem Amt eines Heerespfarrers gebeten haben, weil er nicht mehr einem Gremium angehören könne, in dem „ständig eine sabotierende Kritik an den Plänen und Zielen des Führers Adolf Hitler geübt würde.“ Den Gerüchten nach soll dieser Brief, „den übrigens niemand im Original gesehen hat“, derartig gewesen sein, dass, falls er an die falsche Stelle gelangt wäre, „für die übrigen Heerespfarrer eine Gefahr für Leib und Leben“ bestanden

hätte. Knolle hingegen bestritt nicht, sich einmal „in seiner inneren Not“ schriftlich an einen anderen Heerespfarrer gewandt zu haben, bei dem er sich darüber beschwert habe, „bei den Konferenzen der Heerespfarrer hin und wieder kritische Äußerungen hören zu müssen, die ihn im tiefsten verletzen.“ Knolle bestritt aber ganz entschieden, jemals an den Feldbischof einen Brief gerichtet zu haben, in dem „er eine Bitte um Entlassung aus dem Amt des Heerespfarrers damit begründet habe, dass er die Äußerungen anderer Amtsbrüder nicht länger mit anhören könne.“ Wolff bescheinigte Knolle gegenüber Tegtmeyer durchaus ein „produktives Gedächtnis, das ihn ohne böse Absicht verleitet, die Dinge nachträglich anders zu sehen, als sie sich in Wirklichkeit zugetragen haben“. Dennoch hätte das Durcharbeiten der Akten bei Wolff „den peinlichen Eindruck hervorgerufen, als ob das Urteil nicht ganz ohne subjektive Beeinflussung entstanden“ wäre. Als Hauptbelastungszeuge gegen Knolle wurde „ein Herr Kuhn“, der damalige Bürovorsteher des Feldbischofs, angeführt, der eidesstattlich versichert hatte, „dass ein derartiger Brief bei ihm im Büro vorgelegt worden sei.“ Allerdings wäre diesem Herrn Kuhn auch nachgewiesen worden, „dass er sich mehrfach auch in nicht unwichtigen Einzelheiten geirrt habe, sodass zum mindesten mit der Möglichkeit gerechnet werden muss, dass er auch in Sachen Knolle einem Irrtum oder einem Gedächtnisfehler erlegen ist.“ Hinzu kam, dass ein anderer früherer Heerespfarrer, Pastor Damrat, nunmehr bei der Stadtmission in Berlin tätig, der offensichtliche Zuträger dieser Informationen gewesen sein muss. Nur durch ihn hätten die beiden Neinstedter Brüder an ihre Kenntnisse gelangen können, die letztendlich das ganze Disziplinarverfahren in Gang gesetzt hätten. Wolff konstatierte aus alledem, wie peinlich es wäre, mit solchen Anschuldigungen elf Jahre nach den vermeintlichen Geschehnissen „Bruder Knolle aus seinem Werk herauszusetzen, nachdem alle anderen Versuche, ihn zur Verabschiedung zu bringen, fehlgeschlagen sind.“ In dieser ganzen Angelegenheit hätte Wolff zufolge nach dem Grundsatz „in dubio pro reo“ verfahren werden sollen. Knolle hatte inzwischen auch beim Berliner Oberkirchenrat als nächst höherer Instanz Beschwerde gegen das Magdeburger Urteil eingelegt; zugleich aber auch an Wolff die Bitte geäußert, „ob er nicht eine neue Anstellung im Pfarramt einer Landgemeinde etwa in Hannover oder auch in Westfalen erhalten könne.“ Doch Wolff war sich sicher, dass die Hannoversche Kirchenregierung, die davon wusste, „was für ein schwieriger Mann er ist“, nicht die Bereitschaft besitzen würde, Knolle ein solches Amt anzubieten.⁸⁶ Tegtmeyer antwortete Wolff in der ihm eigenen nüchtern-pragmatische Art. Knolle hätte viel klüger und sachlich richtiger gehandelt, wenn er Wolffs Rat gefolgt wäre und zur richtigen Zeit seinen Abgang aus Neinstedt vollzogen hätte. So aber habe er die unglückliche Gabe, das Richtige und das Falsche immer zur unpassenden Zeit zu tun: „Hier in Westfalen wird Knolle schwerlich unterkommen. Knolle hat einen solchen Ruf, dass wohl kaum eine Gemeinde zu seiner Wahl bereit sein wird.“⁸⁷

84 ADW, DD 54, Weigt an Friederich vom 22.9.1950.

85 ADW, DD 319, Protokoll BVK Ost vom 26.10.1950.

86 N-04-069, Wolff an Tegtmeyer vom 20.6.1951.

87 Ebd., Tegtmeyer an Wolff vom 21.6.1951.

Anders lasen sich die Ereignisse in einem Brief, den der Berliner Pfarrer Harnisch schon am 4. Februar 1949 in diesem Zusammenhang an den Magdeburger Bischof Müller gerichtet hatte:

„Ich habe soeben mit dem Direktor der Berliner Stadtmission Herrn Pastor Damrath gesprochen. Dieser war zusammen mit Herrn Pfarrer Knolle Militärpfarrer in Paris. Herr Pastor Damrath berichtet, dass Herr Pastor Knolle sowohl ihn wie Herrn Pastor Raeder aufs Allerschwerste bei dem ihnen vorgesetzten Wehrkreispfarrer Bautz politisch denunziert hat mit dem Zweck, gegen Damrath einen Schauprozess zu führen, um ihn dann zum Tode zu verurteilen. Es liegt durchaus nahe, dass die Stapo das Material von Bautz und Knolle hatte. Sicher aber ist – denn das Schreiben ist Herrn Pfarrer Damrath selbst vorgelegt – dass Herr Pfarrer Knolle sein Abschiedsgesuch folgendermaßen begründet hat: Er könne unmöglich in einem Kreise von Wehrmachtspfarrern arbeiten, der unter dem Vorsitz von Damrath stünde, der das Werk des Führers sabotiere. Herr Pfarrer Damrath ist nur dadurch imstande, das Verhalten des Herr Pfarrer Knolle zu entschuldigen, dass er glaubt, dass dieser nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist, mit anderen Worten, dass er nicht ganz zurechnungsfähig ist. Er hat mir dafür Beispiele genannt, die auch mich davon überzeugt haben, dass Herr Pfarrer Knolle psychisch minderwertig ist (!!!; R. N.). Ob nun psychische Minderwertigkeit (!!!; R. N.) oder Bösartigkeit vorliegt, in jedem Falle ist Herr Pfarrer Knolle der Allerungeeignetste, um einem Brüderhaus vorstehen zu können. Fast bezweifle ich, ob die Kirche überhaupt das Recht hat, diesem Manne überhaupt noch eine Chance zu geben, indem sie ihn in einem kleinen Pfarramt von vorn anfangen lässt. Dies dürfte nur geschehen, wenn Herr Pfarrer Knolle wirklich Buße getan hat. Wenn er bisher nur eine kleine Spur Bußfertigkeit gezeigt hätte, dann hätte er sofort sein Amt zur Verfügung gestellt und würde nicht in solch einer beschämenden Weise an diesem Amte kleben.“⁸⁸

Knolle überstand auch diese Krise unbeschadet und verblieb weiter im Neinstedter Vorsteheramt. Im Juni 1953 hielt eine Aktennotiz der Deutschen Diakonenschaft fest:

„<Am 2. Mai 1953> wurden um 13.00 h die Neinstedter Anstalten aufgrund eines Beschlusses des Rates des Bezirkes Halle unter staatliche Verwaltung gestellt. Sämtliche kirchlich gebundenen Arbeitskräfte wurden fristlos entlassen. Die kirchlichen Seminare, Brüderhaus, Proseminar und Katechetenseminar konnten weiterarbeiten, auf engsten Raum zusammengedrängt.“⁸⁹

Auch die detaillierte Darstellung dieser Vorgänge sprengt den Rahmen des hier Möglichen und ist einer späteren umfangreichen Bearbeitung und Veröffentlichung vorbehalten. Nach den Ereignissen vom 2. Mai 1953 in Neinstedt wurde ein nachträglicher Augenzeugenbericht angefertigt, der ebenfalls in den Akten der DD erhalten ist. Er schil-

dert die Vorfälle aus der subjektiven Sicht eines der davon betroffenen Brüder. Ein Neinstedter Berufsschullehrer hätte zwei langjährige Zöglinge der Anstalten, „bei denen der Psychiater eine klare Debilität festgestellt hatte“, dazu benutzt, verleumderische Aussagen zu machen. Zwei Wochen danach wären in der Presse „spaltenfüllende Artikel mit protzenden Überschriften über die Missstände in den Neinstedter Anstalten“ erschienen: „Menschenschinderei unter christlichem Deckmantel“ und „Zerschlagt die Brutnester der imperialistischen Agenten“. Weiter hätten die Zeitungen darüber berichtet, dass die beiden Jugendlichen aus der „Hölle des Neinstedter Knabenrettungs- und Brüderhauses“ entflohen seien und bei der Quedlinburger Kreisleitung der FDJ um Asyl gebeten hätten. Auch Pastor Knolle wären zwischenzeitlich zwei Warnschreiben mit der dringenden Bitte zugegangen, sich nach dem Westen abzusetzen. Knolle würde aber annehmen, „dass die staatlichen Stellen selbst die Verfasser der Schreiben gewesen wären, um durch die Flucht des Leiters einen triftigen Grund zur Beschlagnehmung der Anstalten zu haben.“ Am 2. Mai 1953 wäre es schließlich zur Besetzung der Neinstedter Einrichtungen durch die „Staatsorgane“ gekommen: „Man durchging Haus für Haus und vernahm Jungen für Jungen, Alte, Kranke und teilweise auch Vorschülerinnen und Brüder. Alle sagten ihnen nicht genügend aus.“⁹⁰ Einige Wochen später vermerkte eine Aktennotiz der DD:

„Am 15. Juni 1953, 12.00 h wurden die Anstalten aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates der DDR an die alte, kirchliche Leitung zurückgegeben. Es wurden sofort alle Häuser wieder übernommen und die gesamte Verwaltung, so dass heute die Arbeit wieder wie vor dem 2. Mai getan werden kann.“⁹¹

Knolle ließ es sich nicht nehmen, dem Ministerpräsidenten der DDR seinen persönlichen Dank auszusprechen. Mit der Überschrift „Pfarrer dankte Grotewohl“ berichtete die „Berliner Zeitung“ darüber:

*„Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!
Im Namen der zweihundert in der ganzen DDR arbeitenden Neinstedter Diakone, im Namen der zweihundert Angestellten der Neinstedter Anstalten, danken wir Ihnen, unserem Ministerpräsidenten, dafür, dass im Einvernehmen mit unseren Bischöfen ein Ergebnis erzielt wurde, durch das die Neinstedter Anstalten der Kirche zurückgegeben wurden. Wir sehen in dieser Maßnahme unserer Regierung eine Verpflichtung des wachsenden Vertrauens und eine Verpflichtung dafür, dass wir unsere ganze Kraft einsetzen werden zur weiteren Hebung und Förderung der gesundheitlichen Arbeit im Bereich unserer DDR.“⁹²*

90 ADW, DD 420, Augenzeugenbericht von der Verstaatlichung der Neinstedter Anstalten, von Diakon Aribert Marohn, undatiert; sowie ANA, Akte E1-35, Denkschrift zu den Ereignissen vom 19.4.-2.5.1953.

91 ADW, DD 259, Aktennotiz vom Juni 1953.

92 Ebd., Abschrift einer Mitteilung in der „Berliner Zeitung“ vom 24. Juni 1953.

88 AHTA, EA 880.

89 ADW, DD 259, Aktennotiz vom Juni 1953.

Die „Angelegenheit Knolle“ war damit noch nicht ausgestanden. Im Oktober 1955 schrieb der Vorsitzende des DD-Beirates Ost Otto Schramm davon, dass nunmehr der Verwaltungsausschuss der Neinstedter Anstalten Pastor Knolle das Ausscheiden aus dem Vorsteheramt nahe gelegt hätte. Die neuerlichen Schwierigkeiten seien nicht innerhalb der Bruderschaft, sondern in der Mitarbeiterschaft der Neinstedter Anstalten aufgebrochen. Im Juli und August 1955 berichtete Wolff Weigt gegenüber, Nachrichten erhalten zu haben, die darin gipfelten, dass Pastor Knolle sein Amt als Brüderhausvorsteher in Neinstedt entweder selbst zur Verfügung gestellt habe, oder aber von seinem Verwaltungsrat dazu gedrängt worden war („Genau kann ich das aus seinen Sätzen nicht erkennen.“). Knolle selbst hätte dazu bemerkt: „Neinstedt und ich, wir haben uns getrennt. Wenn kein Vertrauen da ist, lässt sich nicht mehr arbeiten!“⁹³ Nunmehr strebe Knolle eine Tätigkeit im Pfarramt in Schleswig-Holstein, Kurhessen oder Hannover an. Denn seine weitere Tätigkeit in der IM erschiene aufgrund seiner DC-Vergangenheit von vornherein unmöglich zu sein.⁹⁴

Die Beschuldigungen gegen den Neinstedter Vorsteher konzentrierten sich im Wesentlichen auf zwei Punkte: dem zehnfachen Familienvater Knolle wurde ein „ehewidriges Verhalten“ zu einer Vikarin in Neinstedt vorgeworfen. Dieser offensichtliche Ehebruch hätte zu Verleumdungen, auch beim Bischof, geführt, die so weit gehen würden, „dass ein Bruder zu einem anderen ernstlich gesagt“ hätte, „dass Frau Vikarin... ein Kind von Pastor Knolle bekomme.“ Außerdem seien wohl „Liebesgaben nicht rechtmäßig verteilt worden.“ Nach dem Vertrauensentzug gegenüber Knolle hätte der Neinstedter Brüderrat Nachforschungen nach der Bestimmung dieser Geldspenden angestellt, deren Verbleib allerdings aus vielerlei Gründen nicht mehr zu kontrollieren gewesen wäre.⁹⁵ Diese neuerliche Tragödie stürzte Knolle zunächst in eine tiefe innere Krise. Schramm schrieb darüber:

*„Die Nervenkrise von Pastor Knolle ist nicht erst durch diese letzten Ereignisse bedingt. Mir ist bekannt, dass sie bereits Monate zuvor durch die Zerwürfnisse mit den Mitarbeitern begonnen hat. Ich weiß, dass die BVK-Ost ihm gern brüderlich helfen möchte. Meines Erachtens besteht die Hilfe für ihn nur darin, dass er sich raten lässt, einfach es als einen Weg Gottes anzusehen, nicht mehr der Leiter von Neinstedt zu sein.“*⁹⁶

Der „Weg Gottes“ führte Knolle tatsächlich an eine neue Bestimmung. Im Juni 1956 konnte Wolff an Weigt schreiben, dass Pastor Knolle inzwischen von Neinstedt nach Steinbach bei Oberursel im Taunus übersiedelt sei und dort ein Pfarramt übernommen habe, in das er von der

93 ADW, DD 318, Wolff an Weigt vom 27.7.1955.

94 Ebd., Wolff an Weigt vom 5.8.1955.

95 ADW, EDV 1, Luckow an Schramm vom 17.9.1955 u. Schramm an Kretschmar vom 19.10.1955. Zu den Gerüchten über die Vikarin: ANA, Personalakte Vikarin (anonymisiert).

96 Ebd., Schramm an Luckow vom 20.10.1955.

hessischen Kirchenleitung berufen worden war. Wolff hatte Knolle dem Anschein nach in Steinbach besucht und einem Gottesdienst beigewohnt, denn er schrieb weiter:

*„(...) fiel mir auf, dass der Prediger an keiner Stelle auch nur irgendeine Art von Bitterkeit oder Enttäuschung erkennen ließ; dieser Eindruck hat sich bei meinem persönlichen Besuch verstärkt. (Die Eheleute Knolle; R.N.) (...) bezeugten immer wieder, dass sie dafür dankbar seien, nach Steinbach hingekommen zu sein, wo sie nun noch einmal wieder einen neuen Anfang machen könnten!“*⁹⁷

Von der BVK-Ost erhielt Martin Knolle anlässlich seines Ausscheidens aus dem Neinstedter Vorsteheramt einen ehrenvollen, „brüderlichen Abschiedsgruß“.⁹⁸

In seiner Darstellung zur Neinstedter Geschichte wertet Gottfried Richter, der Sohn des langjährigen zweiten Neinstedter Geistlichen Johannes Richter und jüngerer Bruder des Quedlinburger Propstes Johannes Richter, der wiederum seit 1947 den Verwaltungsgremien der Neinstedter Anstalten angehörte, die Rolle Knolles nach 1945 wie folgt:

*„Für Pastor Knolle mit seiner großen Familie war das Bleiben in Neinstedt eine Existenzfrage. So ist erklärlich, dass er sich den neuen Verhältnissen anpasste, wobei ihm Bruder Eckhardt als Vorsitzender der Neinstedter (Block-) CDU mit guten Beziehungen zu den örtlichen Funktionären der SED behilflich war, so dass Knolle von dieser Seite keine Schwierigkeiten zu erwarten hatte. Auch dürften die verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Frau zu dem damaligen Berliner Bischof Dibelius für ihn hilfreich gewesen sein. Sein früher Eintritt in die NSDAP wurde heruntergespielt und sein vorübergehender Konflikt mit der Partei hochgespielt. Allerdings war das eine Methode, die nach dem Zusammenbruch des NS vielfach zu beobachten war. Sogar Br. Haß behauptete, mit der Partei nur Schwierigkeiten gehabt zu haben. Zu den Ereignissen dieser Zeit schrieb mir mein Bruder: ‘Dann folgte die mühselige Zurückgewinnung der Häuser, der mühevollen Wiederaufbau, um den sich Knolle wirklich verdient machte.’ 1956 verließ Knolle Neinstedt. Die mehrfachen Gründe, die zu seinem Fortgang führten, waren nur den wenigen Personen bekannt, die mit der Sache unmittelbar zu tun hatten, und wurden vertraulich behandelt. (...) 1956 übernahm Pastor Johannes Engelke die Leitung der Neinstedter Anstalten. Von wirtschaftlichen und einigen politischen Schwierigkeiten in der damaligen DDR abgesehen, verlief das Leben in den Anstalten nun in ruhigeren Bahnen.“*⁹⁹

Die vorliegenden Seiten machen deutlich, wie schwierig es ist, die Geschehnisse innerhalb einer großen und bedeutenden diakonischen Einrichtung, damit verbunden die Biografie eines dort zwanzig Jahre lang amtierenden Vorste-

97 ADW, DD 318, Wolff an Weigt vom 10.7.1956.

98 ADW, DD 319, Protokoll der BVK-Ost vom 26./27.9.1955 im Johannesstift.

99 Richter, S. 56.

hens, in den zeitgenössischen Kontext der Krisensituationen innerhalb der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen. Vieles bleibt nach wie vor zu erforschen. Ein solches Vorhaben wird in den nächsten Jahren geschehen. Anlässlich des 60. Jahrestages der Ereignisse um die zeitweilige Besetzung Neinstedts durch die „Staatsorgane“ der DDR (im Mai 2013) befassen sich der Vorstand der Evangelischen Stiftung Neinstedter Anstalten und die Diakonische Gemeinschaft des Lindenhofes weiterhin umfassend mit der Erforschung, Dokumentation und Publikation der Geschichte. Die Aufarbeitung jener Epochen in Neinstedt wird sicherlich nicht die bisher „gängigen unkritischen Darstellungen dieser Zeit“ bedienen.¹⁰⁰ Die Begebenheiten in Neinstedt verdeutlichen stattdessen die Ambivalenz, die dort vor allem mit der Person des Vorstehers Martin Knolle und seinem zwanzigjährigen Wirken in der Anstaltsgeschichte verbunden ist.

An einer emotional geführten Auseinandersetzung, manchmal auch an deren äußerst polemischer Überspitzung, mangelt es in Bezug auf die Person Martin Knolles auch heute noch nicht. Wissenschaftliche Objektivität verpflichtet zu einer Feststellung: Jede historische Person hat ein Recht auf Irrtum, aber ebenfalls ein Recht darauf, dass dieser Irrtum genannt wird. Davon bleibt der Anspruch unbenommen, dass dabei auch die guten Seiten genannt werden müssen. Stets gilt es, in der Retrospektive Gelungenes und Misslungenes nebeneinander zu sehen und nicht nur Partielles zu werten. Martin Knolles Bemühungen um die Rettung bedrohter Menschen vor den Mordaktionen der NS-„Euthanasie“ sind belegbar und damit unbestritten. Aber dennoch hat er in der Zeit des NS-Terrors, nach einer bildlichen Aussage, nicht nur „mit dem Teufel getanzt.“¹⁰¹ Sondern er hat, ebenso bildlich gesprochen, im Spuk der braunen Epoche den Teufel auch oft genug selbst zum Tanz aufgefordert, vielleicht auch oft genug mit der Konsequenz, dass es der Teufel stets gewohnt ist, beim Tanz unbedingt den Takt vorgeben zu müssen.

Ebenso unbestritten sind Martin Knolles Verdienste um den Bestand der Einrichtungen seit 1945. Den Bedrückungen einer Requirierung zahlreicher Anstaltsgebäude durch das sowjetische Militär und später durch ein im Auftrag der Sowjetunion tätiges Hüttenwerk trat er mutig entgegen. Während der Ereignisse der zeitweiligen Besetzung Neinstedts durch DDR-Organen im Mai und Juni 1953 übernahm Martin Knolle im Widerstand gegen die staatlichen Repressalien eine Schlüsselposition. Und dennoch entzweite die Auseinandersetzung um seine Person die Neinstedter Brüderschaft bis zu seinem Ausscheiden aus dem Vorsteheramt im Jahr 1955 und noch darüber hinaus. Auch hierbei galt, dass Martin Knolle „in und mit den Widersprüchen seiner Zeit lebte, die chaotisch und auch unglaublich autoritär war.“¹⁰² Im Amt von 1934 bis 1955 war Martin Knolle zwei-

felsfrei „ein Kind seiner Zeit“, er agierte in und reagierte auf die chaotischen und autoritären Zeitumstände. Uns Nachgeborenen bleibt im Hinblick auf die Verantwortung für die uns von Gott transzendent zugesprochene Würde eines jeden Menschen in der Erinnerung an diese Zeitereignisse eine entscheidende Aufgabe: Nur wer die Vergangenheit kennt, kann für die Gegenwart daraus die Schlüsse ziehen und ist demnach bereit, für die zukünftigen Erwartungen zu planen. Im Hinblick auf diese unsere Verantwortung vor Gott bitten wir ihn um Einsicht in unser Tun und um Vergebung, wenn wir uns in unserem Handeln schuldig machen.

100 Leserbrief in „Glaube und Heimat“, Zeitschrift der sächsischen Landeskirche, Nr. 23, vom 3.6.2012, S. 10.

101 Ebd.

102 Ebd.

Impressum

Herausgeber:

Verband Evangelischer Diakonen-, Diakoninnen- und
Diakonatsgemeinschaften in Deutschland e. V. – VEDD
Glockenstraße 8, 14163 Berlin
Tel. 0 30 / 80 10 84 04
vedd@vedd.de
www.vedd.de

Evangelische Stiftung Neinstedter Anstalten
Lindenstraße 2, 06502 Thale/OT Neinstedt
Tel. 0 39 47 / 99 100
www.neinstedter-anstalten.de

Verantwortlich: Diakon C. Christian Klein
Gestaltung: www.redbuero.de

**Weitere Broschüren aus der Reihe IMPULS – POSITIONEN UND
KONZEPTE AUS DEM VEDD im Internet unter www.vedd.de**